

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



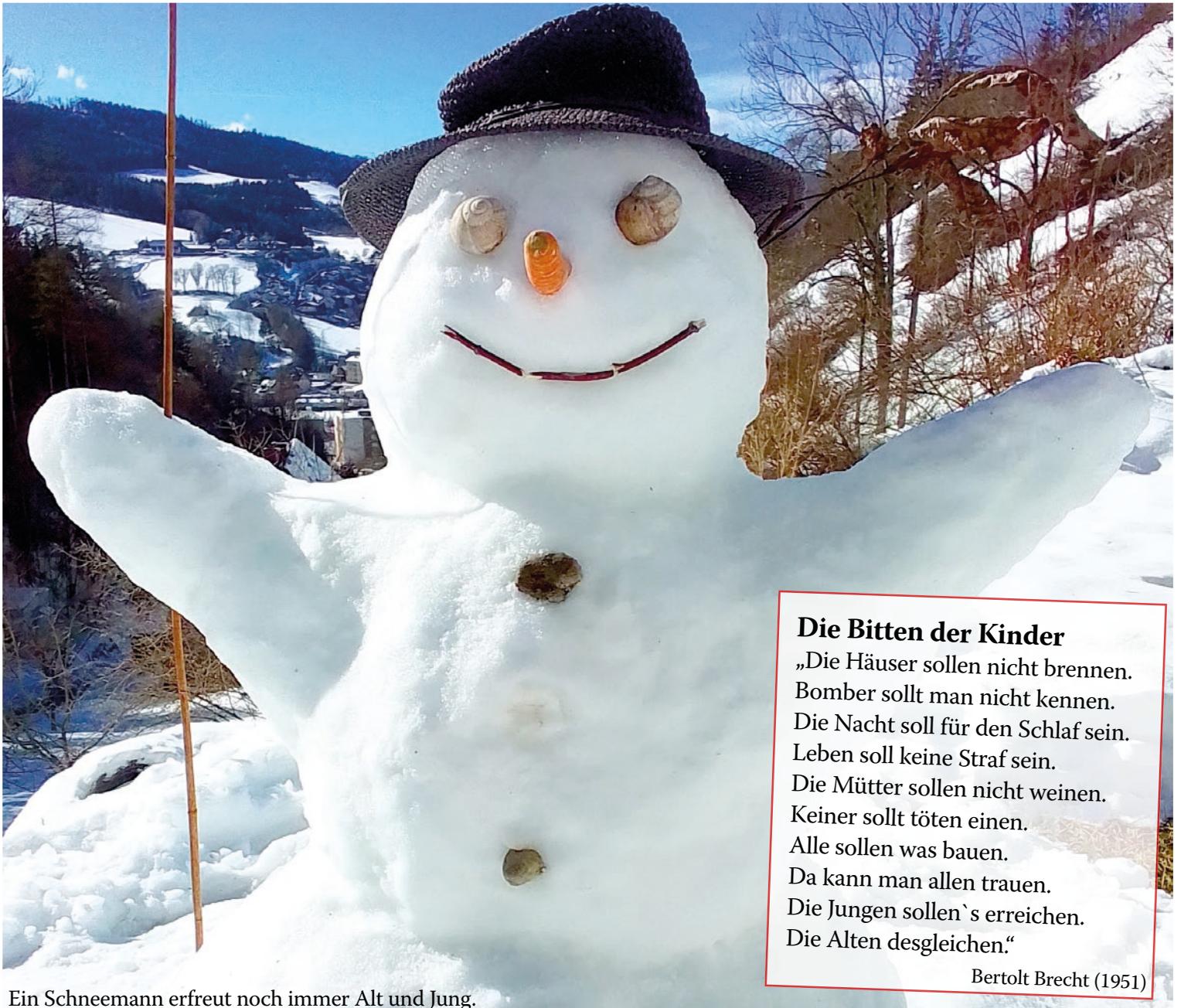
Ausgabe 1, Februar 2023 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 20025706 • 8000 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

Gute Fahrt

Graz-Jahreskarte wird Klimaticket Steiermark

Seite 2-3



Die Bitten der Kinder

„Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner sollt töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen`s erreichen.
Die Alten desgleichen.“

Bertolt Brecht (1951)

Ein Schneemann erfreut noch immer Alt und Jung.

ZITIERT



„Für KPÖ-Mandatare gilt eine selbst auferlegte Gehaltsobergrenze von 2300 Euro netto pro Monat. Mit dem Rest der Politgagen wird notleidenden Steirern finanziell geholfen.“ – Michael Höller, Steirerkrone, 30. Dezember 2022

„Bürgermeisterin Kahr alleine hat seit 2005 – in dem Jahr wurde sie erstmals Mitglied im Grazer Stadtsenat – exakt eine Million und 780 Euro abgegeben.“ – Elisabeth Holzer, Kurier, 30. Dezember 2022

„Insgesamt setzt sich die KPÖ für eine Reduzierung der Politgehälter ein. ‚Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein‘, zitiert Krotzer Karl Marx. Politiker sollen nicht mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung verdienen, sonst kenne man die Sorgen der Menschen auch nicht.“ – Gerald Winter-Pölsler, kleinezeitung.at, 29. Dezember 2022

„In Graz, wo dieser Tage KPÖ, Grüne und SPÖ die Klubförderung aller Parteien gekürzt haben, hat sich die KPÖ über 20 Jahre mit Sozialpolitik ohne Rassismus bis ins Bürgermeisterinnenamt gekämpft. Ein lokales Phänomen? Man mischt Wahlberechtigten auch dort keine Drogen ins Trinkwasser.“ – Colette M. Schmidt, Der Standard, 6. Februar 2023

„Sie haben es blockiert, und ich dachte, sie hätten unrecht. Ich behaupte, dass es eine gute Chance auf einen Waffenstillstand gab, wenn sie ihn nicht verhindert hätten.“ – Naftali Bennet, früherer israelischer Premierminister über die Rolle der USA, Deutschlands und Frankreichs im Ukraine-Krieg

VIELE VORTEILE

Jahreskarte Graz Klimaticket Steier



Ab 1. März 2023 wird die Jahreskarte Graz zum Klimaticket Steiermark. Das Klimaticket Steiermark ist eine Jahreskarte für alle steirischen Verbundlinien.

Die Stadt Graz subventioniert das Klimaticket für Grazerinnen und Grazer mit 100 Euro. Das heißt, es kostet 368 statt 468 Euro. Erhältlich: Mobilitätszentrale, Jakoministraße 1, Tel. 0316/ 887 4224.

KLEIN, aber MIT BISS



Wenn Arbeit und Reichtum zusammenhängen würden, gäbe es sehr viele reiche Kellnerinnen, Paketzusteller, Verkäuferinnen und Pfleger.

1 Was tun, wenn meine Jahreskarte Graz noch länger gültig ist?

Nichts. Ab 1. März gilt Ihre Jahreskarte Graz bis zum Ablauf – automatisch und ohne Aufpreis – als Klimaticket Steiermark.

2 Wie ist die Preisgestaltung für Grazer:innen? Gibt es Ermäßigungen?

- Klimaticket Steiermark Classic: 368 Euro
- Klimaticket Steiermark Jugend (bis 25 Jahre), Senior (ab 64 Jahre) und Spezial für Menschen mit 70% Behinderung: 276 Euro

3 Welche Verkehrsmittel kann ich dann nutzen?

Alle öffentlichen Verkehrsmittel im steirischen Verkehrsverbund, egal, ob Bus, Bahn oder Bim. Auch die Schloßbergbahn in Graz ist inbegriffen, sowie diese Tarifierweiterungsbereiche: Radstadt (S), Tamsweg (S), Szentgotthárd (HU), Reichenfels (K) und Oberwart (B).

4 Was ist, wenn das Reiseziel weiter weg ist, etwa Wien oder Innsbruck?

Dann zahlt man erst ab der Bundesländergrenze.

5 Was bedeutet das für die Grazer SozialCard Mobilität?

Die SozialCard Mobilität um 50 Euro bleibt wie bisher erhalten. Sie wird **nicht** zum Klimaticket Steiermark, sondern bleibt auf das Liniennetz der Holding Graz Linien beschränkt.

6 Was bedeutet das für die Ermäßigungsangebote, die es bei der Jahreskarte Graz gibt?

Die bleiben auch beim Klimaticket Steiermark erhalten, etwa die 1+1-Aktion beim Kauf einer Vollpreiskarte bei jedem Liga-Heimspiel des SK Sturm und des GAK, der 99ers (Eishockey), des UVC Holding Graz (Volleyball), der HSG Graz, (Handball), UBSC und UBI Graz (Basket-



wird mark



FOTO: TOM LAMM

AUSFLUGSZIELE

Viele Klassiker und Geheimtipps sind mit Bus und Zug von Graz aus gut erreichbar. Einige Beispiele:

SCHÖCKL

Der Grazer Hausberg ist wohl das beliebteste Ziel, wenn es darum geht, ins Grüne zu kommen. Mit der **Buslinie 250** kommt man vom Jakominiplatz in nur **36 Minuten** zur Talstation der Schöcklseilbahn in St. Radegund. Auch am Wochenende fahren die Busse stündlich.

MURECKER SCHIFFMÜHLE

Wo die Mur noch ungestaut und frei fließen kann, lässt es sich entlang des Ufers ausgedehnt spazieren gehen. Der Murturm in Gosdorf, die Fähre in Weitersfeld über den Fluss nach Slowenien und vor allem die Schiffmühle sollte man gesehen haben. Eine kulinarische Einkehr am Mühlenhof ist Pflicht. Mit der **S-Bahn** dauert es **1 Stunde 10 Minuten**.

WIEN

Ob Museen, Kultur, Konzerte, Fußball oder ein Besuch bei Freund:innen. In nur **zweieinhalb Stunden** ist man mit dem Zug in der Bundeshauptstadt. Mit dem Klimaticket Steiermark zahlt man erst ab dem Semmering.

STÜBING

In nur **16 Minuten** gelangt man mit der **S1** vom Grazer Hauptbahnhof nach Stübing, wo es nicht nur wunderbare Wanderrouten, sondern auch das beliebte Freilichtmuseum gibt.

FROHNLEITEN

Die malerische, 700 Jahre alte Kleinstadt lädt zum idyllischen Spaziergang an der Mur oder zu einer Wanderung auf den Haneggkogel. Im Anschluss kann man sich einen saftigen Burger (auch vegan) in der Beefbar oder eine der legendären Mehlspeisen in der Konditorei Flössl gönnen. Mit der **S1** benötigt man lediglich **23 Minuten**.

LURGROTTE

Die beeindruckende Tropfsteinhöhle zählt zum Pflichtprogramm im Grazer Umland. Der Höhlendom zählt zu den zehn größten der Welt. **20 Minuten** mit der **S1** plus 12 Minuten Fußmarsch und man ist dort.

MEHR AUSFLUGSZIELE unter: www.steiermarkbahn.at/reisen-freizeit

ball) sowie Ermäßigungen und Aktionen in vielen Museen.

Nähere Infos unter:

www.holding-graz.at/vorteile

7 Was tun, wenn man schon länger ein Klimaticket Steiermark hat?

Alle, die bereits ein von der Stadt Graz gefördertes Klimaticket besitzen, werden angeschrieben. Mit einem beiliegenden Kontaktformular ist die Rückzahlung einfach abzuwickeln.

8 Wird es weiterhin das Jobticket geben?

Ja, das Angebot besteht weiter, hängt aber vom jeweiligen Unternehmen ab. Firmen können die Kosten für die Jobtickets steuerlich absetzen.

9 Wie wirkt sich die Umstellung auf Park+Ride-Angebote aus?

Wer ein Klimaticket hat, erhält die P+R-Jahreskarte der Stadt um 240 Euro.

MEINE MEINUNG

Der Stellenwert des Friedens



Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden! Dieser Satz ist in der Vergangenheit von sehr vielen Menschen ohne großes Nachdenken ausgesprochen worden. Heute leben wir in Zeiten des Krieges. Wer heute sagt: **Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!**, der muss sich dafür rechtfertigen. Verbirgt sich hinter diesem Satz nicht etwa eine Entschuldigung von Putins Krieg? Fällt man damit nicht der Forderung nach Panzern, Munition und Kampfflugzeugen in den Rücken?

Ich bin von der Friedensbewegung der Achtzigerjahre geprägt worden. Mitten im kalten Krieg sind bei uns hunderttausende Menschen gegen Aufrüstung und Krieg auf die Straße gegangen. Diesen Werten will ich treu bleiben. Deshalb ist es wichtig, dass wir an der Neutralität festhalten, gerade in diesen harten Zeiten, und zu Verhandlungen aufrufen, auch wenn diese Forderung fast aussichtslos erscheint.

Es gibt zwei Schriftsteller, die mir in diesen Wochen in den Sinn gekommen sind. Am 3. Jänner war der 100. Todestag von Jaroslav Hašek und am 10. Februar hat sich der Geburtstag von Bertolt Brecht zum 125. Mal gejährt. Beide haben in Zeiten des Krieges Werke geschaffen, die großartige Zeichen für den Frieden waren. Sie haben aufgezeigt, dass die patriotischen Reden der Kriegstreiber hohle Phrasen waren und sind. Sie haben bewiesen, dass der Krieg Tod und Zerstörung für die vielen und großen Profit für wenige bringt. Im Stück „Schweyk im 2. Weltkrieg“ von Brecht findet man das Lied von der Moldau. Darin heißt es: **„Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne der Mächtigen kommen am Ende zum Halt“**. Hoffen wir auf einen Wechsel der Zeiten, damit wir wieder vom Frieden reden können, ohne uns rechtfertigen zu müssen.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

Sie erreichen mich unter Tel. 0316 / 872-2000
oder 0664 / 1209 700 • E-Mail: elke.kahr@stadt.graz.at

AUS DEM INHALT

Mieten und Teuerung.....	4-5	Neue 30er-Zonen.....	13
Das bietet die Sozialcard Graz.....	6	Strompreise: Wie regulieren? ...	17
Assistenz bei körperlichen		EU-Korruption	21
Beeinträchtigungen	7	Rauchfangkehrer im Gespräch	22
Kindergärten absichern	8	Traditionsbetrieb Feinkost.....	23
In Würde altern	10-11	Veranstaltungen, Impressum,	
Tag der Offenen Konten	12	Rätsel, Inserate	24-28

Angst vor nächster Teuerung

Bürgermeisterin Elke Kahr: Mieterhöhung bringt Fass zum Überlaufen

Immer mehr Menschen können sich die Wohnkosten nicht mehr leisten. Eine Teuerung folgt auf die nächste: Strom, Heizung, Mieten, auch die Preise für Möbel, Geräte und Reparaturen steigen ungebremsst.

nicht im selben Ausmaß erhöht. 92 % der Österreicher:innen befürworten staatliche Eingriffe bei den Wohnkosten, 72 % Mietzinsobergrenzen.

Existenzen stehen auf dem Spiel

Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt mieten, mussten zum Teil innerhalb weniger Monate mehrere Mieterhöhungen hinnehmen – auch dann, wenn für Vermieter keine erhöhten Kosten angefallen sind. Weil am sogenannten freien Markt kaum erschwingliche Alternativen zur Verfügung stehen, sehen sich immer mehr Menschen mit nackten Existenzängsten konfrontiert. Während bei den Energiekosten zum Teil Erleichterungen geschaffen wurden, konnte sich die ÖVP-geführte Bundesregierung bis jetzt

Schon vor der Teuerungswelle musste sich etwa die Hälfte der Haushalte bei allen anderen Ausgaben einschränken, nur um die Wohnkosten finanzieren zu können. Nun droht mit 1. April die nächste Erhöhung der Richtwertmieten um 8,6 Prozent!

Bereits seit Jahrzehnten sind die Wohnkosten in Österreich der größte Preistreiber. In keinem anderen EU-Land sind sie in den vergangenen Jahren so stark gestiegen. Die Löhne und Gehälter haben sich bei weitem



Die steigenden Wohnkosten und die Kosten für Strom und Heizung bereiten vielen Menschen schlaflose Nächte.

nicht dazu durchringen, auch bei den Mieten einzugreifen.

In Wohnungen mit freier Mietzinsbildung (frei finanzierte Neubauten) kann der Vermieter entsprechend der vereinbarten Indexklausel erhöhen. So können die Mieten mehrmals im Jahr teurer werden.

In einem Wohnobjekt im Grazer Bezirk Gösting etwa wurde davon mehrfach Gebrauch gemacht, sodass die Miete für eine 72 m² große Wohnung jetzt netto 1.080 Euro beträgt – zuzüglich Betriebskosten und Heizung kostet sie inzwischen knapp 1.600 Euro. Mehr als die Meisten verdienen. Im konkreten Fall führte das zum Auszug aus der Wohnung.

Keine Richtwert-erhöhungen 2023

Bürgermeisterin **Elke Kahr**

fordert angesichts dieser Perspektive endlich ein Eingreifen der Bundesregierung: „Eine derartig starke Erhöhung würde für sehr viele Haushalte das Fass endgültig zum Überlaufen bringen. Die Mieterinnen und Mieter brauchen eine Entlastung. Die ständige Unsicherheit, ob die Wohnung in ein paar Monaten noch bezahlbar ist, ist unzumutbar.“

Für 2023 soll aufgrund der dramatischen Entwicklung auf die mit 1. April vorgesehene Erhöhung der Richtwerte um 8,6 % verzichtet werden.

Darüber hinaus unterstützt die KPÖ den Vorschlag der Arbeiterkammer, wonach bis zur seit Jahrzehnten überfälligen Mietrechtsreform die Mieten in allen Wohnungen nur noch einmal pro Jahr um zwei Prozent erhöht werden sollen.

Nachhaltigkeit



Mit ihren Schülerinnen und Schülern hat Katharina Gruber, Lehrerin an der Grazer Mittelschule Albert Schweitzer, im Rahmen des Schwerpunkts „Pflege, Gesundheit und Soziales“ wichtige Zukunftsfragen behandelt. Dabei war auch die Vermeidung von Plastikmüll ein Thema. Schließlich wurde Bürgermeisterin Elke Kahr gefragt, ob sie für 51 Jugendlichen wiederverwendbare Flaschen zur Verfügung stellen könne. Dank dem Einsatz von engagierten Kolleginnen und Kollegen im Rathaus war das rasch möglich. Am 14. Februar hat die Bürgermeisterin die Flaschen persönlich in der Schule vorbeigebracht und hofft, dass alle eine Freunde damit haben.

**AUF KEINEN
MENSCHEN
VERGESSEN!**

Wir sind für Sie erreichbar

0316/872 2000 **Elke Kahr**

0316/872 2070 **Robert Krotzer**

0316/872 2040 **Manfred Eber**

KPÖ hat erreicht: Verbesserung beim Kautionsfonds

Ein Umzug ist teuer. Gerade die Kautions ist für viele Menschen eine erhebliche Hürde.

Um Menschen mit kleinen Einkommen unter die Arme zu greifen, wurde 2010 in Graz auf Initiative von Elke Kahr ein Kautionsbeitrag eingeführt. Zahlreiche KPÖ-Anträge im Landtag später zog das Land Steiermark schließlich 2017 mit dem Kautionsfonds nach. Bis zu 1.000 Euro kann die Unterstützung ausmachen, die von den Bezieher:innen dann auf Raten zurückgezahlt wird.

Eine wichtige Hilfe – allerdings mit einem schweren Mangel: Die Einkommensgrenzen des Kautionsfonds lagen deutlich unterhalb der Armutgefährdungsschwelle, da sie die Landesregierung seit 2017 nie erhöht hat. Der Druck der KPÖ zeigte nun Wirkung:

Mit 1. Februar wurden die Einkommensgrenzen angehoben. Nun steht der steirische Kautionsfonds deutlich mehr Menschen zur Verfügung.

MIETER NOTRUF
0316 71 71 08
KOSTENLOS. TÄGLICH 10-20 UHR. AUCH AM WOCHENENDE.
KPÖ



§§ RECHT GEFRAGT §§

Mag. Alfred Strutzenberger, Mietrechtsexperte



Kuriosum Küchenmiete

Der Wert von Gegenständen sinkt in der Regel mit deren Alter. Ausnahmen bilden zB. manche Weine, Kunstgegenstände und ähnliches. Dass zu diesen Ausnahmen offenbar auch Wohnungen zählen, ist bereits weniger nachvollziehbar. Besonders ärgerlich für viele Mieter:innen sind in diesem Zusammenhang Küchenmieten. Ihre Höhe errechnet sich aus dem Zeitwert, durchschnittlicher Lebensdauer und einem Gewinnanteil für den Vermieter. Wegen deren Wertsicherung steigen die Küchenmieten allerdings genauso stetig, wie sich der Zustand der Küchen verschlechtert. Selbst wenn die Küchen längst nicht mehr existieren und vom Mieter bereits ersetzt wurden, ist die vertraglich vereinbarte Küchenmiete incl. Wertsicherung weiter an den Vermieter zu bezahlen! Die aktuelle Rechtslage lässt dieses – für Vermieter freilich sehr erfreuliche Kuriosum - tatsächlich zu!

Mieter können sich aber dagegen wehren: Bei befristeten Mietverträgen kann bis spätestens 6 Monate nach Ablauf

des Mietvertrages ein Antrag auf Überprüfung der Höhe der Küchenmiete bei der Schlichtungsstelle oder beim zuständigen Bezirksgericht gestellt werden. Mieter:innen mit unbefristeten Mietverträgen müssen diesen Antrag allerdings spätestens nach drei Jahren stellen. Da insbesondere Vermieter von geförderten Wohnungen oft sehr günstige Küchen verbauen, ist ein Antrag auf Überprüfung der Küchenmiete ratsam!

Letztendlich ist der Bundesgesetzgeber dringend gefordert, diesen Missstand zu beseitigen, am besten gleich im Rahmen einer umfassenden Reform des Mietrechtsgesetzes.

Sollten Sie, liebe Leserinnen und Leser, Fragen zum Wohnen oder zu anderen Themen haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Bürgermeisterin Elke Kahr – Tel. 0316/872-2000. Bei Wohnfragen steht auch die städtische Wohnungsinformationsstelle, Schillerplatz 4, Tel. 0316/872-5450, gerne zur Verfügung.

SERVICE RICHTSÄTZE 2023

Pensionen – Ausgleichszulage brutto

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende:€ 1.110,26
für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.751,56
Erhöhung pro Kind:€ 171,31

Sozialunterstützung/Höchstsätze 2023

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 1.053,64
Volljährige im gemeins. Haushalt € 737,50
ab 3. volljährige Person:€ 474,14
1., 2., 3. Kind:€ 221,26
ab dem 4. Kind:€ 184,39

Rezeptgebührenbefreiung

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 1.243,49 für Alleinstehende und € 1.961,75 für Ehepaare, pro Kind erhöht sich der Betrag um € 191,87. Die **Rezeptgebühr steigt** von 6,65 auf 6,85 € pro Medikament.

Geringfügigkeitsgrenze:

€ 500,91 Euro /Monat

Grenze für GIS-Gebührenbefreiung/

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen (Transferleistungen, **keine Gehälter**) bis zu einer Grenze von

1 Person:€ 1.243,49
2 Personen:€ 1.961,75
für jede zusätzliche Person im Haushalt:€ 191,87

Familienbeihilfe

Bei einem Kind unter 3J: € 182,40; über 3J: € 190,76, über 10J: € 211,49, über 19J: € 236,47
Dieser Beitrag erhöht sich bei 2 Kindern um € 7,51, bei 3 um € 18,41 bei 4 um € 28,04 bei 5 um € 33,86, bei 6 um € 37,77 bei 7 um € 52,02. Im September zusätzlich € 105,8 Schulstartgeld für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; **für erheblich behinderte Kinder** kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden: Der Zuschlag beträgt € 164,90.

Pflegegeld 2023

Stufe 1:	€ 175,00	65h/Monat
Stufe 2:	€ 322,70	95h/Monat
Stufe 3:	€ 502,80	120h/Mon.
Stufe 4:	€ 754,00	160h/Mon.
Stufe 5:	€ 1.024,20	180h/Mon.
Stufe 6:	€ 1.430,20	üb.180h/M
Stufe 7:	€ 1.879,50	üb. 180h/M



Grazer SozialCard: Nun auch für Geringverdiener

Seit 1. Februar können alle, die Anspruch auf Wohnbeihilfe haben, die SozialCard der Stadt Graz bekommen.

Seit einem Jahrzehnt gibt es in Graz die SozialCard. Die jetzige Bürgermeisterin **Elke Kahr** hatte hartnäckig auf ihre Einführung gedrängt. Die Karte hat sich bewährt und ist für tausende Grazerinnen und Grazer eine wichtige Unterstützung, um unbürokratisch ihnen zustehende Leistungen zu erhalten. Ab 1. Februar 2023 können auch Berufstätige, die Wohnunterstützung beziehen, die Karte beantragen.

Neue Voraussetzungen

Um eine SozialCard zu erhalten, war bisher eine GIS-Ge-

bührenbefreiung Voraussetzung. Damit waren viele Menschen, die berufstätig sind, aber wenig verdienen, ausgeschlossen. Deshalb wurden die Voraussetzungen geändert. Ab 1. Februar 2023 können auch Personen, die Wohnunterstützung beziehen, eine SozialCard erhalten.

Mit der Einführung der SozialCard als freiwillige Leistung der Stadt, war Graz Vorreiterin, Menschen mit geringem Einkommen unkompliziert und unbürokratisch Zugang zu Ermäßigungen bei zahlreichen städtischen Angeboten zu ermöglichen. Davor musste für viele Leistungen ein eigener Antrag gestellt werden. Das war nicht nur kompliziert, sondern auch eine große Hürde.

Was bietet die SozialCard?

- SozialCard Mobilität - Jahreskarte der GrazLinien um 50 Euro
- Energiekostenzuschuss
- Schulstartgeld und Kleinkinderzuschuss
- Weihnachtsbeihilfe
- Gratis-Einkauf in den Vinzimärkten
- Kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen für Kinder
- Ermäßigter bzw. Gratis-Eintritt in städtischen Bädern und Kultureinrichtungen
- Kostenlose Grippeimpfung

Ausweitung notwendig

Bürgermeisterin Elke Kahr: „Die Ausweitung der SozialCard ist angesichts der starken Teuerung, die auch viele Berufstätige trifft, notwendig. Umso mehr, als 14.000 Kinder und Jugendliche in unserer Stadt armutsgefährdet sind. Von der Teuerung sind längst auch Menschen erfasst,

die früher mit ihren Arbeitseinkommen und Pensionen gut über die Runden gekommen sind. Eine umsichtige Sozialpolitik muss versuchen, Beratung und konkrete Unterstützung anzubieten, bevor es zu einer Notlage kommt. Die SozialCard ist eine unverzichtbare Hilfe für viele Grazerinnen und Grazer.“



Voraussetzungen:

- 6 Monate Hauptwohnsitz in Graz
- Vollendung des 18. Lebensjahres
- GIS-Befreiung oder
- Neu seit 1.2.2023: Bezug der Wohnunterstützung

Antragstellung für die SozialCard

persönlich im Sozialamt der Stadt Graz, Schmiedgasse 26,
Mo. bis Do. 8:00 bis 14 Uhr, Fr. 8:00 bis 12:30
Tel. 0316 / 872-6397
oder **ONLINE** unter [graz.at/sozialamt](https://www.graz.at/sozialamt)
E-Mail: sozialcard@stadt.graz.at



Schloss Eggenberg: Mit der Grazer Sozialcard kann auch der Kulturpass beansprucht werden. Damit können viele kulturelle und sportliche Angebote kostenlos oder ermäßigt genutzt werden.

»Ich will einfach meine Existenz sichern«

Für viele Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen wird es immer schwieriger, persönliche Assistent:innen zu finden. Bei der Vereinbarkeit von Job und Privatleben stoßen Betroffene auf einige Hindernisse.

Vor Corona war es schon schwierig Assistent:innen zu finden, aber seit der Pandemie ist es fast unmöglich geworden“, sagt **Mag. Christine Bizard**. Die Sozialpädagogin sitzt im Rollstuhl und arbeitet bei Alpha Nova. Sie ist also selbst im Sozialbereich beschäftigt, gut vernetzt und hat dennoch Schwierigkeiten, geeignetes Assistenz-Personal zu finden. Bürokratische Hürden und zu knapp bemessene Budgets stellen sie und viele andere vor große Herausforderungen.

Zwei Bereiche, zwei Förderungen

Menschen wie Christine Bizard benötigen Assistenz in zwei Teilbereichen:

1. Einerseits die persönliche Assistenz, die im Wohnbereich und im alltäglichen Leben anfällt. Von Fahrten mit dem mit Rollstuhlrampe ausgestatteten Auto, bis hin zu einfachen Pflegetätigkeiten und Hilfe bei Toiletten-gängen können diese Aufgaben auch von Laien übernommen werden. Die Finanzierung erfolgt über das selbstverwaltete persönliche Budget vom Land Steiermark.

2. Die persönliche Assistenz am Arbeitsplatz wird vom Bund finanziert. Hier gibt es ein Stundenkontingent, das über den Verein ISI (Initiative Soziale Integration) abgerechnet wird. Christine Bizard wird hier etwa bei Schreibtätigkeiten und Büroarbeiten unterstützt.



FOTO: CHRISTINE BIZARD

Sozialpädagogin Christine Bizard ist auf der Suche nach persönlicher Assistenz am Arbeitsplatz und auch im Wohnbereich. Interessierte können sie unter christine.bizard@gmx.at kontaktieren.

Suche schwierig und finanziell belastend

Betroffene, die Assistenz benötigen, können sich an diverse Vereine wenden. Allerdings gibt es hier auch nur begrenzte Ressourcen bzw. finden auch die Träger schwer Assistent:innen für diesen Bereich, sodass oft nur die private Suche über Social-Media oder andere Kanäle übrig bleibt. Inserate über Zeitungen oder diverse Online Plattformen – speziell wenn die Annoncen vorgereicht werden sollen – sind aber teuer. Bei monatlichen Kosten bis zu 500 Euro stoßt man dabei schnell an die finanziellen Grenzen.

Persönliche Budgets anheben

Insgesamt steht Bizard eine Höchstgrenze an Stunden für derzeit sechs Assistenzkräfte zur Verfügung. Der Bedarf ist aber höher. Seit Juni findet sich niemand für den Freitagsdienst im Arbeitsbereich und auch privat sind ein bis zwei weitere Stellen zu besetzen.

Gerne würde sie ihren Assistent:innen einen höheren Stundensatz, mindestens zwischen 15 und 18 Euro bezahlen, aber das geht sich mit ihrer Lebenssituation nicht aus: „Jemand der vielleicht etwas weniger Assistenzbedarf hat, kann bei gleichem Budget einen

höheren Stundensatz bezahlen. Das ist bei der Suche nach neuen Assistenzkräften natürlich ein Nachteil für mich. Noch härter trifft es jene, die einen noch höheren Assistenzbedarf haben.“

„Würden die persönlichen Budgets angehoben und somit Anstellungen in einem höheren Stundenausmaß ermöglicht, dann wäre es natürlich auch leichter, jemanden zu finden“, sagt KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**. „Dass die kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen für heuer im Sozialbereich aber weit unter der Inflationsrate von 11 Prozent abgeschlossen wurden, trägt garantiert nicht zur Entspannung der Lage bei.“

24-Stunden-Betreuung ist keine Option

Als Notlösung würde Christine Bizard auch auf eine 24-Stunden-Betreuung umsteigen. Aufgrund gesetzlicher Regelungen würde dann aber die persönliche Assistenz am Arbeitsplatz wegfallen.

„Ich arbeite im mobilen Dienst und brauche jemanden mit Führerschein und perfekten Deutschkenntnissen, weil mich die Assistenz beim Tippen und bei Büroarbeiten unterstützen muss. Die Betreuer:innen kommen aber zum Großteil aus dem Ausland und erfüllen diese Kriterien leider nicht“, sagt Bizard. „Im Prinzip müsste ich mich also zwischen meiner Karriere und meiner persönlichen Versorgung entscheiden. Ich will ja nicht mit dem Luxusship irgendwo hin, sondern ich will einfach nur meine Existenz sichern. Diese dauernde Belastung geht auf die Psyche. Das ist, wie wenn man sich jeden Monat fragen müsste: Hab ich nächsten Monat noch meine Wohnung oder nicht?“

Verbesserungen für Personal in Kindergärten

Neben der Personalnot geraten Kindergärten und -krippen aufgrund der Teuerung stark ins finanzielle Wanken. Sogar Schließungen von Privatkinder-gärten drohen.

Um den laufenden Betrieb für dieses Jahr zu sichern, wird die Stadt Graz aller Voraussicht die betroffenen Einrichtungen mit einem einmaligen Millionenbetrag unterstützen. „Als Stadt setzen wir alle uns zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung, um die Kinderbetreuung in unserer Stadt auf diesem Niveau zu sichern“, so KPÖ-Finanzstadtrat **Manfred Eber**. Gestiegene Strom und Fernwärmekosten sowie die notwendigen Erhöhungen der Löhne bringen die privaten Trägervereine wie Wiki und GIP in starke finanzielle Bedrängnis. Die finalen Gespräche zwischen KPÖ-Stadtrat Eber, ÖVP-Stadtrat Hohensinner und den betroffenen Trägervereinen finden gerade statt. „Wir sind äußerst positiv gestimmt, dass wir hier zeitnah eine Lösung finden werden, um die Teuerungen für die Einrichtungen zu einem guten Teil abfedern zu können“, sagt Eber.

Verbesserungen für Personal

Zudem kämpft der Kinderbetreuungsbereich damit, ausreichend Personal zu finden. Die schon vor Corona äußerst angespannten Arbeits- und Rahmenbedingungen haben sich durch die Pandemie verschärft und mittlerweile zu einem eklatanten Personalnotstand geführt.

Deswegen hat sich die Rathauskoalition in guter Abstimmung mit der Personalvertretung entschieden, die



Die Stadt Graz tut das Möglichste, um die Qualität der Betreuung für Kinder zu steigern und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Betreuer:innen zu verbessern. Auch Land und der Bund müssen jetzt aktiv werden, so Stadtrat Manfred Eber.

Arbeitsbedingungen im Bereich der städtischen Kindergärten, Kinderkrippen und Horte deutlich zu verbessern. Bereits im letzten Juni wurde ein großes Personalpaket beschlossen. 54 zusätzliche Stellen wurden geschaffen, um die Betreuungsqualität zu steigern sowie die Mitarbeiter:innen zu entlasten. Für weitere notwendige Maßnahmen müssen das Land und der Bund aktiv werden.

In einem weiteren Schritt sollen städtische Pädagog:innen und Betreuer:innen eine Corona-Prämie von 1.000 Euro erhalten. Wie bereits schon für Betreuer:innen möglich ist, sollen auch Pädagog:innen, im Sinne eines alternsgerechten Arbeitens, ab dem 57. Lebensjahr

drei und mit dem 60. Lebensjahr weitere zwei zusätzliche Urlaubstage erhalten. Weiters soll ein neues Gehaltsschema für Pädagog:innen in Kraft treten, das höhere Einstiegsgehälter vorsieht.

Land und Bund sind gefordert

„Wir setzen ein klares Zeichen: In unserem Wirkungsbereich tun wir das Möglichste, um die Qualität der Betreuung für unsere Kinder zu steigern und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen und Betreuer:innen merklich zu verbessern. Für weitere notwendige Verbesserungen müssen das Land und der Bund aktiv werden“, so Stadtrat Manfred

Eber, der auf die eingeschränkten Möglichkeiten von Städten und Gemeinden verweist: „Beispielsweise würde eine Entbürokratisierung für das Personal eine wichtige Entlastung bringen. Die Pädagog:innen sollen wieder mehr Zeit mit Kindern als mit Formularen verbringen.“

Eine Aufstockung der Ausbildungsplätze in Graz sowie die Einführung eines einheitlichen Gehaltsmodells stehen ebenso auf der Liste der Forderungen, die Graz an das Land stellt.

Vom Bund erwartet sich Eber, dass zukünftig zusätzliche Mittel für Gemeinden und Städte bereitgestellt werden, um die laufende Finanzierung im Bereich der Elementarpädagogik nachhaltig zu sichern.

Rosenhain: Waldschutz bei Sanierung gesichert



Der Wald rund um das Refektorium wird bestmöglich geschützt. Bei einer möglichen Revitalisierung werden hauptsächlich Stauden und Gestrüpp gerodet – und alles muss wieder aufgeforstet werden.

Die Revitalisierung des denkmalgeschützten Jesuitenrefektoriums am Rosenhain als künftiges Institutsgebäude der Universität Graz kann noch heuer in Angriff genommen werden. Derzeit werden Angebote für die Baukosten eingeholt. Wenn die Universität den Auftrag erteilt, erfolgt die Umsetzung durch die städtische Tochter GBG.

Strikte Auflagen für Revitalisierung

Von der Bau- und Anlagenbehörde wurde eine zeitlich begrenzte Benutzung von Waldboden für die Bauarbeiten genehmigt. Forstrechtliche Bewilligungen auf der Basis zweier Gutachten des forsttechnischen Amtssachverständigen für eine temporäre Rodung im Ausmaß von 975m² sowie 793m² liegen ebenso vor, wie eine wasserrechtliche Bewilligung. Nach Abschluss der Arbeiten erfolgt eine rasche Wiederaufforstung. „Die Flächen bleiben also Wald“, betont KPÖ-Stadtrat **Manfred Eber** (kleines Bild) als zuständiger Stadtsektorsreferent für die Bau- und Anlagenbehörde.

„Der Wald rund um das Refektorium wird bestmöglich ge-

schützt. Entfernt werden hauptsächlich Stauden und Gestrüpp hinter der jetzigen Ruine – und alles wird wieder aufgeforstet“, so Eber: „Vor allem Bibernelle-Rosen- und Felsenbirnen-Sträucher sowie ein Vogelkirsch- und zwei Vogelbeer-Bäume werden gepflanzt.“

Während der etwa anderthalbjährigen Bauzeit wird die Baustelle durch einen Bauzaun gegenüber dem restlichen Wald abgesichert.

Geschichtsträchtiges Naherholungsgebiet

„Der Rosenhain ist eines der wichtigsten und sensiblen Naherholungsgebiete von Graz. Ich bin der Baubehörde sehr dankbar, dass sie hier so behutsam vorgeht“, freut sich der Geidorfer Bezirksvorsteher **Hanno Wisiak** (KPÖ).

Dass dem „Geisterhaus“ am Rosenhain jetzt wieder Leben eingehaucht wird, ist gleichsam auch ein Zurückholen von bildungspolitischer Geschichte. Das Gebäude wurde 1654 zur Erholung der Ordensmitglieder der Jesuiten, die von 1572 von Kaiser Karl II nach Graz geholt wurden, errichtet.

Grundausbildung bei der Feuerwehr gestartet



Mit 1. Februar begann für acht Feuerwehranwärter die Grundausbildung in der Feuerwehrwache Süd. Die Ausbildung dauert rund 19 Wochen. In 712 Unterrichtseinheiten werden verschiedene Inhalte ge-

schult. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Lehrganges ist die Eignung für die Verwendung im Einsatzdienst gegeben. Stadtrat **Manfred Eber** begrüßte die Anwärter an ihrem ersten Tag persönlich.

Augarten: Mehr Erholung, weniger Events

Der Augarten ist einer der beliebtesten Orte der Stadt, wo viele Grazer:innen abseits des städtischen Trubels ihre Freizeit verbringen. Der zentral gelegene Park ist in den letzten Jahren aber auch für Events immer begehrt geworden. So waren im letzten Sommer große Teile des Parks für 23 Veranstaltungstage (ohne Auf- und Abbautage) für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Auch mit der durch die Events entstehenden Lärmbelastigung haben die Anrainer:innen zu kämpfen.

Deswegen hat sich die Grazer Stadtregierung dafür entschieden, dass ab heuer nur mehr eintägige Veranstaltungen im Augarten abgehalten werden dürfen.

„Uns war es wichtig, dass der beliebte Park den Grazerinnen und Grazern als wichtiges Naherholungsgebiet so oft wie möglich zur Gänze zur Verfügung steht. Im Einklang damit sorgen wir trotzdem dafür, dass weiterhin Veranstaltungen im Augartenpark stattfinden können“, so Stadtrat **Manfred Eber**.

Abfallentsorgung günstig im Ressourcenpark Graz

Alle über 16 mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Graz können fünfmal pro Jahr zum vergünstigten Tarif von 6 Euro pro Einfahrt bis 200 kg Restabfall abliefern. Für die Einfahrt ist ein persönlicher QR-Code notwendig. Dieser kann unter [holding-graz.at/](https://www.holding-graz.at/)

[ressourcenparkgraz](https://www.ressourcenparkgraz.at/) heruntergeladen werden.

Wer kein Smartphone und keinen Computer hat, kann den QR-Code bei den städtischen Servicestellen ausgedruckt bekommen, Ausweis und Meldezettel sind mitzubringen. Anmeldung unter 0316/872-6666

Demenz-Ausstellung »Mensch, ___ dich nicht!«



FOTO: STADT GRAZ/FISCHER

Die Steirische Alzheimerhilfe (SALZ) entwickelte gemeinsam mit Studierenden der FH Joanneum die Demenz-Ausstellung „Mensch, ___ dich nicht!“.

„Betroffene und ihre Familien sollen sich in Graz gut aufgehoben und unterstützt fühlen“, so Gesundheitsstadt-

rat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Zu sehen ist die Ausstellung von 18. Februar bis 19. März im Krankenhaus der Elisabethinen, Bergstrasse 27 und von 20. März bis 9. April: SMZ-Stadtteilzentrum Jakomini, Conrad-von-Hötendorf-Straße 55.

vergissdeinnicht.net

Integrationsleitbild und Lernunterlagen

Das Leitbild "Graz sind wir alle" wird künftig die Grundlage der Integrationsarbeit in unserer Stadt. „Graz soll für alle hier lebenden Menschen eine gute Heimat sein“, ist Integrationsstadtrat **Robert Krotzer** überzeugt.

Kostenlose Deutsch-Lernmaterialien mit Graz-Bezug dienen Sprachtrainer:innen als Unterstützung und vermitteln nützliches Wissen über unsere Stadt.

Download unter:
graz.at/deutschlernen

Neue Ausgabe der Pflege in Bewegung

Wie belastend der Pflegeberuf ist, wissen viele aus eigener Erfahrung. Viele Pflege-Beschäftigte wollen sich mit schlechten Umständen aber nicht länger abfinden, sondern werden aktiv für bessere Arbeitsbedingungen. Der Arbeitskreis „Gesundheit & Pflege“ der KPÖ Steiermark ist eine Möglichkeit, sich zu



engagieren. Damit die Pflege ein Sprachrohr hat und ihre Anliegen auch gehört werden, gibt es die Zeitschrift *Pflege in Bewegung*, deren sechste Ausgabe nun erschienen ist. Gedruckte Exemplare zum Selberlesen oder Weiterverteilen können Sie kostenlos unter: pflege@kpoe-steiermark.at oder 0316/712479 bestellen.

Die Stadt Graz erhöht die Zuzahlung zu den mobilen Pflegediensten auf 1.053 Euro.

Alle Menschen sollen in Würde altern – gerade auch, wenn sie pflegebedürftig sind oder an einer seelischen Erkrankung leiden. Damit dies gelingt, braucht es entsprechende Einrichtungen und gut ausgebildete, gut bezahlte und motivierte Pflegekräfte. Was leider oft vergessen wird: Psychische Erkrankungen treffen auch ältere, pflegebedürftige Menschen. „Grundsätzlich muss man davon ausgehen, dass acht bis zehn Prozent der Menschen über 65 Jahren an einer seelischen Erkrankung leiden und einer dringenden Behandlung oder Unterstützung bedürfen“, so Gesundheits- und Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ).

Graz als Vorreiterin bei alterspsychiatrischer Versorgung

In Graz wurden bereits zahlreiche wichtige Vorhaben und Vorsorgemaßnahmen in diesem Bereich umgesetzt. Dazu gehören die Pflegedrehscheibe, die Alterspsychiatrische Beratungsstelle, die mobile alterspsychiatrische Betreuung, die beiden Projekte „PartnerIn im Alter“ (PIA) und „Stundenweise Betreuung“ (Stube) sowie die Demenztageszentren. Um die Unterstützungsangebote zu stärken und auszubauen hat die GFSG im Auftrag der Stadt Graz im Herbst 2022 ein neues Alterspsychiatrisches Konzept vorgelegt. Das neue Modell sieht vor, dass die bereits bestehenden Strukturen noch besser miteinander vernetzt und ausgebaut werden sollen, aber auch Prävention gestärkt werden soll. Denn ganz wichtig ist es, rechtzeitig zu helfen und zu unterstützen. Besonders bei Demenzerkrankungen, aber auch bei allen anderen psychischen Erkrankungen im Alter hilft das Betroffenen und Angehörigen sehr.



Grazer Modell sorgt für Entlastung

Eine der Maßnahmen, die für pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen am wirksamsten ist, setzt Graz seit 2018 um. Dabei geht es um den Leitsatz „Mobil vor stationär“, der Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ) ein großes Anliegen ist.

Viele pflegebedürftige Menschen sind gesundheitlich durchaus in der Lage, in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu bleiben, wenn sie sich die mobilen Pflege- und Betreuungsdienste auch leisten können. „Ältere Menschen wollen, so lange es möglich ist, in ihren eigenen vier Wänden bleiben. Dabei wollen wir sie bestmöglich unterstützen und ihnen ein Altern in Würde ermöglichen“, betont Krotzer. Das einzigartige Zuzahlungsmodell der Stadt Graz sorgt dafür, dass allen Grazerinnen und Grazern,



In Würde altern

In den eigenen vier Wänden bleiben zu können, wünschen sich viele Menschen mit Pflegebedarf. In Graz macht eine Zuzahlung der Stadt das einfacher.

FOTO: UNSPLASH/CDC

die mobile Pflegedienste zuhause in Anspruch nehmen, zumindest die Mindestpension zum Leben bleibt. Dieser Betrag wurde erneut angepasst und beträgt für

das Jahr 2023 nun 1.053,64 Euro pro Monat. Gerade bei kleinen Pensionen kommt es nämlich auf jeden Euro an, um sich neben Miete, Heizung, Strom und

täglichem Lebensbedarf auch Pflege und Betreuung leisten zu können.

KPÖ für landesweite Umsetzung

Pflege-Statrat Robert Krotzer (KPÖ) fordert seit der Einführung in Graz im Jahr 2018 eine Ausweitung des Grazer Modells auf die gesamte Steiermark. Auf jahrelangen Druck hin kündigte im Mai 2022 der steiermärkische Landtag eine landesweite Übernahme des Grazer Modells an.

„Nun gilt es, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen und das hervorragend funktionierende Grazer Modell auch tatsächlich steiermarkweit zu implementieren. Je rascher dies gelingt, desto größer die Entlastung für Pflegebedürftige“, so Krotzer.



Sie stellen das rundum erneuerte alterspsychiatrische Konzept der Stadt Graz vor: Pammer, Klug, Matzawrakos, Rieder, Krotzer und Schipfinger.

FOTO: STADT GRAZ/FISCHER



FOTO: KPÖ

Pflege-Krise: Jetzt nicht locker lassen

12.154 Unterschriften der Petition *Geh'ts der Pflege gut, geh'ts uns allen gut* wurden im Dezember an Landeshauptmann Christopher Drexler übergeben. Im Gespräch berichteten Pflege-Beschäftigte über die krisenhafte Situation für Pflege-Kräfte, Patient:innen und Heim-Bewohner:innen. Die Kernbotschaft war eindeutig: Die Beschäftigten leisten Großartiges, aber sie arbeiten am Limit und brauchen dringend eine Entlastung. Die Landesregierung hat die Umstände lange genug kleingeredet und lässt ein Vorgehen mit Plan vermissen.

Ob der Weckruf tatsächlich gehört wurde und Verbesserungen eingeleitet werden, hören wir bei einem Folgetermin mit Drexler und Landesrätin Bogner-Strauß Ende Februar.

Entscheidend ist, dass sich im Alltag von Pflegekräften und Patient:innen etwas verbessert. Bis es soweit ist, werden wir gemeinsam mit Pflege-Beschäftigten und der Bevölkerung Druck auf die Verantwortlichen im Land Steiermark machen. Über die Ergebnisse dieses Folgegesprächs werden wir natürlich berichten.

SO ERREICHEN SIE ROBERT KROTZER:

Rathaus, 2. Stock, Zimmer 231
Tel.: 0316 – 872 2070

E-Mail:
stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

Sprechstunden:
Wir bitten um Terminvereinbarung per Mail oder Telefon.

Für Menschen in Notlagen: KPÖ spendete 291.138 Euro

Tag der offenen Konten. Einmal im Jahr legen die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ die Verwendung ihrer Gehälter offen.

Im Jahr 2022 wurden von der Grazer Bürgermeisterin **Elke Kahr**, der Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** sowie von den Grazer Stadträten **Robert Krotzer** und **Manfred Eber** von ihren Einkommen insgesamt 291.138 Euro zur Unterstützung von 2.226 Personen bzw. Familien in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Seit **Ernest Kaltenegger** 1998 Stadtrat in Graz wurde, kommt bei der KPÖ ein Großteil der Bezüge Menschen in Notlagen zugute. In Summe wurden seit 1998 von den Mandatar:innen der KPÖ insgesamt



Elke Kahr und Robert Krotzer beim Tag der offenen Konten: Insgesamt 2.914.681 Euro wurden von KPÖ-Mandatar:innen seit 1998 an 23.959 Personen und Familien ausbezahlt.

FOTO: GOSTENTSCHNIGG

2.914.681 Euro an 23.959 Personen und Familien ausbezahlt. Elke Kahr allein hat seit 2005 1.007.833 Euro von ihrem Gehalt abgegeben und damit Menschen in Notlagen unterstützt.

„Abgehobene Politiker-Gehälter führen zu abgehobener Politik“

Warum die KPÖ an dem Modell der Gehaltsobergrenze seit 1998 festhält, fasst Robert

Krotzer so zusammen: „Abgehobene Politiker-Gehälter führen zu abgehobener Politik. Wer ein Vielfaches dessen verdient, womit die breite Mehrheit der Bevölkerung auskommen muss, verliert den Bezug zu den alltäglichen Problemen. Darum geht die KPÖ einen anderen Weg: Für uns als Mandatar:innen gibt es eine Gehaltsobergrenze, die sich an einem Facharbeiter-Lohn orientiert.“

Konkret bedeutet das, dass Krotzer zwei Drittel seines Stadtratsgehalt, nämlich 4.012 Euro monatlich, abgibt und damit Menschen in Notlagen unterstützt. Elke Kahr behält sich von ihrem Bürgermeister-Gehalt von 8.300 Euro netto 2.000 Euro. Die Differenz kommt Monat für Monat Menschen zugute, die es dringend brauchen.

Ernest Kaltenegger – »Bürger der Stadt Graz«

Ohne den besonderen Einsatz Einzelner für ihre Mitmenschen, ohne das Bemühen um soziale Gerechtigkeit, um den Schutz der Umwelt, um ein friedliches Zusammenleben und gute Nachbarschaft, um die Fürsorge für Menschen, um Kunst und Kultur, um Vermittlung von Bildung und Kunst, um Arbeit und das Wirtschaftsleben, wäre diese Stadt nicht das, was sie heute ist“, betonte Bürgermeisterin **Elke Kahr**. Darum wurden neun bedeutende Grazer Persönlichkeiten nach einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss mit dem Titel „Bürger der Stadt Graz“ geehrt.

Der Theologe und ehemalige Direktor des Akademischen Gymnasiums **Josef Wilhelm**, die Sängerin, Komponistin und



FOTOS: STADT GRAZ/FISCHER, JULIA PRASSL

Autorin **Stefanie Werger**, die Pflegedirektorin am LKH Graz **Christa Tax**, die Aktivbürgerin und Initiatorin des Mehrgenerationenhauses in Waltendorf **Karin Steffen**, die Histori-

kerin **Karin Schmidlechner-Lienhart**, die Soziologin und ehemalige Politikerin **Doris Pollet-Kammerlander**, der Komponist, Musiker und Bandleader **Berndt Luef**, der Arbeit-

nehmervertreter und ehemalige Politiker **Harald Korschelt** und der frühere Grazer Wohnungstadtrat **Ernest Kaltenegger**. „Er hat den Leuten zugehört, jeden Menschen ernst genommen und sich immer bemüht, weiterzuhelfen – egal, ob es ein großes oder ein kleines Problem war. Ernest Kaltenegger hat mich politisch und menschlich stark geprägt. Uns verbindet eine lange gemeinsame Geschichte. Von ihm habe ich viel gelernt. Seinen Rat schätze ich bis heute.“

„Helfen statt Reden“ war nicht nur ein Slogan, er hat danach gelebt und damit vielen Menschen die Überzeugung zurückgegeben, dass es sinnvoll und wichtig ist, sich für ein besseres Zusammenleben, soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit einzusetzen“, so Elke Kahr.



Das war die Volkshausredoute



Die Volkshausredoute, der traditionelle Grazer „Ball für alle“ der KPÖ konnte am 28. Jänner endlich wieder stattfinden. Über 400 Gäste kamen bei guter Musik und Unterhaltung in entspannter Atmosphäre zu-

sammen. Der Eintritt war gratis, freiwillige Spenden wurden für das **Schlupfhaus der Caritas** entgegengenommen.

Das Schlupfhaus ist eine niederschwellige Anlaufstelle für Jugendliche von 14 bis 21 Jahren mit

vielseitigem Angebot von Not- schlafstelle zu Beratung, mobiler Wohnbegleitung und Soforthilfe. Bürgermeisterin Elke Kahr und die KPÖ haben sich sehr gefreut, dass dieses Jahr 3000 Euro an das Schlupfhaus übergeben

werden konnten. „Möglich ist diese finanzielle Unterstützung, weil unsere Mandatar:innen sowie Freunde und Mitglieder der KPÖ ehrenamtlich hinter der Bar ausschenken oder in der Küche stehen“, so Kahr.



Erfolgreiches Leseprojekt an der Volksschule Geidorf



FOTO: JULIA PRASSL

GEIDORF. Das Home-Schooling in den Lockdowns hatte negative Auswirkungen darauf, wie Kinder lesen lernen. „Umso wichtiger ist die individuelle Förderung der Kinder, auf die wir in der Volksschule Geidorf besonderen Wert legen“, erklärt Direktorin **Daniela Grohmann**. Der Bezirksrat Geidorf hat deshalb in der 4a ein spezielles, individuelles Lese-Training finanziert. „Dabei wird jedes Kind mit seinen Stärken und Schwächen persönlich gefördert“, betont Projektleiterin **Tina Knabl** den

entscheidenden Vorteil. „Jedes Kind wird dort abgeholt, wo es steht“, unterstreicht auch Klassenlehrerin **Maria Haidacher**.

Um zu zeigen, wie gut sie schon lesen können, haben die Schülerinnen und Schüler den Bezirksrat eingeladen und – ohne vorher zu üben – aus dem Märchen „Prinzessin Anna oder Wie man einen Helden findet“ von Susann Opel-Götz vorgelesen. „Man sieht, wie sehr den Kindern das Lesen Freude macht“, so Bezirksvorsteher **Hanno Wisiak**.

Schulstraßen kommen



FOTO: JPKO

ANDRITZ/WALTENDORF/WETZELSDORF. Eine mit der jüngsten StVO-Novelle eingeführte „Schulstraße“ sieht vor, dass zumindest vor Schulbeginn die Straße mit wenigen Ausnahmen den Schüler:innen vorbehalten ist, die zu Fuß, per Rad oder Scooter in die Schule kommen. Zwei Straßen, die in der vergangenen Periode ge-

testet wurden, sollen heuer im Herbst reguläre Schulstraßen werden: Die Prochaskagasse in Andritz und die Schulstraße (VS Waltendorf). Außerdem kündigte die für Verkehr zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner an, dass die bisher als Wohnstraße verordnete Loewegasse (VS Peter Rosegger) Schulstraße wird.

30er-Netz wird dichter

Das Tempo-30-Netz – es umfasst nahezu drei Viertel aller Grazer Straßen – wurde in Abstimmung mit den Bezirksvertretungen evaluiert und ausgeweitet. Bis zum Sommer werden 15 Straßen- bzw. Straßenabschnitte entsprechend adaptiert, mit Vorteilen, vor allem für ungeschützte Verkehrsteilnehmer:innen, bezüglich Schadstoffausstoß und Lebensqualität der Anwohner:innen. Geändert werden Vorrangstraßen, die in das niederrangige Straßennetz übernommen werden.

WETZELSDORF. Bezirksvorsteher **Christoph Richter** (KPÖ) freut sich, dass die Krotten-dorferstraße von der Grottenhofstraße bis zur Plabutschunnel-Ausfahrt in das Tempo 30-Netz aufgenommen wird: „Eine Tempo-Reduzierung in diesem Bereich kommt den vielen Spaziergänger:innen, die das Naherholungsgebiet nutzen, zugute, aber auch den Tieren, die in der Landwirtschaftsschule beheimatet sind.“

GEIDORF. Körösisstraße (Lange Gasse bis Fischergasse), Fischergasse, Körblergasse (Goethestraße bis Lindweg), Goethestraße (Humboldtstraße bis Körblergasse)

LEND. Annenstraße (zwischen Eggenberger Gürtel und Babenbergerstraße)

ST. PETER. Marburger Straße (Brucknerstraße bis Petrifelderstraße), Messendorferstraße (Haus Nr. 146 bis Kreiverkehr St. Peter-Hauptstraße)

EGGENBERG. Gaswerkstraße (Eckertstraße bis Wetzelsdorfer Straße)

GÖSTING. Göstinger Straße (auf gesamter Länge zwischen Anton-Gerstl-Gasse und Schloßplatz), Plabutscherstraße (Ibererstraße bis Grafenbergstraße), Grafenbergstraße (Plabutscherstraße bis Göstinger Straße), Anton-Kleinoscheg-Straße (Ibererstraße bis Exerzierplatzstraße).

Aita-Teich: Mobile Toiletten für Winter



FOTO: JPKO

ST. PETER. Am Areal des Rückhaltebeckens St. Peter (Aita-Teich) sind auch dieses Jahr wieder mobile Toiletten aufgestellt worden. Sie befinden sich zwischen Mitte Dezember und Mitte März an Ort und Stelle, damit alle Menschen und speziell

Kinder die Möglichkeit haben, während des Eislaufbetriebs diese Anlagen nutzen zu können. Bezirksrat **Mario Rossmann** (KPÖ): „Das ist eine deutliche winterliche Aufwertung dieses schönen Naherholungsgebiets im Herzen des Bezirks!“

Zinzendorfgasse wird zur Begegnungszone

GEIDORF. Die Zinzendorfgasse wird Begegnungszone: die Neugestaltung orientiert sich am Modell Lendplatz Süd/Mariahilferstraße, neue Bäume, Sitzgelegenheiten und konsumfreie Zonen sind geplant. Die Zahl der Parkplätze wird reduziert,

es verbleiben untertags nur Ladezonen, die über Nacht zum Parken dienen. Die Einbahn Hugo-Wolf-Gasse wird umgedreht. An einer Möglichkeit, die Anwohner:innen in den umliegenden Gassen beim Parken zu bevorzugen, wird gearbeitet.

Linie 5: Lifte für zwei Haltestellen

PUNTIGAM. Mit dem zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn-Linie 5 entlang der Triesterstraße zwischen Zentralfriedhof und Brauquartier werden die beiden Haltestellen Plachlhofstraße und Maut Puntigam barrierefrei ausgestaltet. Anwohner:innen hatten schon lange darum gekämpft, nun wird im Zuge der Baumaßnahmen jeweils ein Lift errichtet.

Ampel für Hauptradroute

GRIES. Die Querung der Herrgottwiesgasse durch die Hauptradroute 11 bei der Ostbahn-Brücke wurde durch eine Druckknopf-Ampel gesichert. Nach einer tödlichen Kollision einer Radfahlerin mit einer Straßenbahn im Sommer 2021 wurde die Kreuzung sicherheitstechnisch überprüft. Die Anforderungszeit ist mit 20 bis 25 Sekunden im guten Rahmen.

Was passiert am Roseggerweg?



MARIATROST. Als begeisterter Wanderer in Mariatrost findet KPÖ-Bezirksrat **Andreas Urdl** immer wieder bedenkliche Situationen vor: Am Roseggerweg 130 befindet sich seit mehr als zwei Jahren eine Baustelle. Eine Werbetafel zeigt ein riesiges Projekt, das praktisch die gesamte vorhandene Fläche einnimmt. Vor einem Jahr sind dort Bagger aufgefahren und haben mit dem Aushub begonnen. Nach

längerer Pause ist eine riesige Baugrube entstanden, die klar darauf hinweist, dass der Großteil des Grundstücks verbaut werden soll. Urdl: „Wie ist das bei einer im Flächenwidmungsplan ausgewiesenen Baudichte von 0,2 bis 0,3 möglich?“ Das Projekt wurde noch unter Bürgermeister Nagl genehmigt und ist für Urdl „ein weiteres Beispiel dafür, wie die letzten grünen Flächen verschwinden“, betont Urdl.

Foodsharing statt Lebensmittelverschwendung



STRASSGANG. Foodsharing ist eine ökologische Bewegung, die sich seit 2013 ehrenamtlich und politisch neutral gegen Lebensmittelverschwendung einsetzt: Betriebe und Privathaushalte können genießbare Lebensmittel, deren Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, an Foodsharing für sogenannte „Fairteiler“ spenden. In Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat und dem Kulturzentrum Straßgang wurde nun Anfang Dezember am Grundstück des Kulturzentrums probeweise ein neuer „Fairteiler“ mit Kühlschrank und Lebensmittelschrank eröffnet. Hier stehen übriggebliebene Lebensmittel

aus Geschäften und Privathaushalten zur freien Entnahme zur Verfügung.

Ruth Masser (KPÖ): „Private Spender werden ersucht, keine für Kinder ungeeigneten Lebensmittel, keinen Alkohol und kein rohes Fleisch abzugeben, gekochte Speisen in saubere, gut verschließbare Behälter zu geben, und diese zu beschriften: Welche Speise und wann gekocht.“

„Fairteiler“-Standorte im Bezirk Straßgang gibt es bei der Pfadfindergruppe 10 in der Straßgangerstraße 438 und beim Kulturzentrum in der Kärntnerstraße 402, links von der Einfahrt.

Innenstadt-Entflechtung: Maßnahmen im Überblick

INNERE STADT. Ende 2025 sollen die Tram-Linien 16 und 17 durch die Neutorgasse über die Tegetthoffbrücke und die Belgier- und Vorbeckgasse Richtung Annenstraße fahren. Bis dahin stehen einige Baumaßnahmen bevor: Ab 6. März wird die Neutorgasse für rund zwei Jahre gesperrt. Die Zufahrt zur Landhausgasse bleibt über den Marburger Kai und den Andreas-Hofer-Platz offen. Mitte Juni folgt die Radetzkystraße. Damit verbunden ist die Umlegung der Buslinien in den Südwesten über den Joanneum- und Opernring (gegen die Einbahn) bis zur Franz-Graf-Allee.

Zwischen Herbst 2023 und Ende 2024 stehen Belgier- und Vorbeckgasse sowie die Tegetthoffbrücke auf dem Gleisbauplan. Die Kastner-Garage bleibt erreichbar, das Zu- und Abfahren soll flexibel gelöst werden. Fußläufig sind alle Betriebe immer erreichbar. Auch die Radinfrastruktur wird verbessert: zwischen Griesgasse und Kaiserfeldgasse kommt ein Radweg. Über die Begegnungszone Kaiserfeldgasse und die untere Raubergasse soll dann der Anschluss zum Joanneumring erfolgen, auf dem südseitig der Lückenschluss bis zum Eisernen Tor geplant ist.



Gebäudeabriss nur noch nach Bewilligung



FOTO: GERHARD GPIXABAY

Mit ihrem historischen Stadtkern stellt die Stadt Graz eine Besonderheit in der steirischen Baukultur dar. Die Innenstadt und ein paar weitere ausgewiesene Flächen unterliegen daher einem besonderen Schutz, der Eingriffe in die historische Bausubstanz nur unter ganz besonderen Voraussetzungen erlaubt. Außerhalb dieser Schutzzone befinden sich aber auch einige weitere Gebäude, die einen großen historischen Wert besitzen. Nicht alle davon stehen unter Denkmalschutz, weil ihr Wert eher von kultureller als von kunsthistorischer Bedeutung ist. KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**: „Diese Gebäude sind durch das steirische



Baugesetz leider wenig geschützt, denn nach Paragraph 32 muss jeder Abbruch erlaubt werden, außer es gibt Einwände etwa der Grazer-Altstadtsachverständigenkommission dagegen. Die beurteilen in der Regel aber alleine nach dem kunst- und nicht dem kulturhistorischen Wert.“ In anderen Bundesländern, etwa Wien, ist der Erhalt von historischen Gebäuden durch das Baugesetz besser geschützt, weil dort der Abriss von Gebäuden, die vor 1945 errichtet wurden, erst nach ausdrücklicher Bewilligung erlaubt ist. Braunersreuther fordert daher eine dementsprechende Änderung im Steiermärkischen Baugesetz.

Neuer Bezirkssportplatz für Reininghaus

In Graz gibt es derzeit 138 öffentliche Sportflächen bzw. Bezirkssportplätze. Im Stadtteil Reininghaus kommt nun ein neuer dazu. Bis zum Schulbeginn 2024 wird mit einer Gesamtfläche von rund 22.000 m² sogar der Größte von Graz gebaut. „Besonders positiv ist dabei, dass es eine Kooperation



mit dem Schulcampus zur gemeinsamen Nutzung gewisser Sportflächen geben wird“, freut sich KPÖ-Planungssprecher **Christian Sikora**. Neben Plätzen für Handball, Tennis, Basketball und Beach-Volleyball, wird es dort auch Grünflächen mit Rodelhügel und Spielwiesen geben.

»Stille Stunde« für Autist:innen

Reizüberflutung stellt für Menschen mit Autismus eine der größten Herausforderungen im täglichen Leben dar. „Was im eigenen Umfeld meistens ganz gut gelingt, ist aufgrund der mangelnden Mitgestaltungsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen aber ein Problem. Vor allem der Einkauf im Supermarkt stellt für viele Autistinnen und Autisten eine immense Herausforderung dar“, weiß KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**.



Darum setzt er sich in Graz für eine „Stille Stunde“ in Supermärkten ein. An einem Wochen-

tag soll für zwei Stunden der Einkauf ohne Deckenbeleuchtung, Musik und Durchsagen speziell für Autist:innen möglich sein. Davon profitieren auch andere Menschen, die wegen der täglichen Belastungen ein besonderes Ruhebedürfnis haben.

„In der Schweiz und Deutschland hat man schon gute Erfahrungen mit dieser Form des stressfreien Einkaufens gemacht. Auch Graz sollte, als Stadt der Menschenrechte und Zugpferd im Bereich der Inklusion, hier aufspringen“, sagt Ulrich.

Formulare in einfacher Sprache

Im Alltag haben Menschen mit Behinderungen oder Lernschwierigkeiten ein breites Spektrum an unterschiedlichem Unterstützungsbedarf. „Ihnen sollten benötigte Informationen in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden. Das hilft den Betroffenen, Inhalte besser zu erfassen“, sagt KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**.

Im Sozialportal des Landes Steiermark oder dem Behindertenbeirat der Stadt Graz werden Dokumente schon im *Leichter-Lesen* Format angeboten. Der Lebensalltag umfasst allerdings sehr viel mehr: Heirat, Urlaub, Umzug und vieles mehr. Oft müssen Unmengen an Anträgen ausgefüllt werden.

„Gerade hier

können wir als Stadt Graz unsere Hilfe anbieten und die Formulare so gestalten, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten sie selbstständig ausfüllen können“, sagt Ulrich. Das Bürger:innenamt wird prüfen, welche Formulare geeignet sind, um sie zusätzlich in einfacher Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten anzubieten.

Strompreise: Umdenken nötig!

Der „freie“ Markt hat sich bei der Energieversorgung als Sackgasse erwiesen. Es braucht ein Eingreifen der öffentlichen Hand.

Der Blick auf die Stromrechnung war für viele Menschen ein Schock: wer nicht mit einer saftigen Nachzahlung konfrontiert wurde, dem blühte jedenfalls eine enorme Erhöhung der laufenden Kosten. Teils sind die Kosten – die immer noch steigen – so hoch, dass Menschen in Existenznöte geraten. Spät aber doch hat die Bundesregierung auf die Teuerung im Energiebereich reagiert, mit Anfang Dezember wurde die sogenannte Strompreisbremse eingeführt. Der Bund bezuschusst damit die Kosten für Strom bis zu einem durchschnittlichen Verbrauch.

Was für die Haushalte zumindest eine gewisse Entlastung bringt, freut auch die Energiekonzerne. Ihnen werden die hohen Preise aus Steuergeldern gestützt. Handzahn gibt sich die Bundesregierung jedoch bei den Übergewinnen. Hier wird nur ein Minimum abgeschöpft. So hat etwa der OMV-Konzern im Jahr 2022 5,2 Milliarden Nettogewinn gemacht, 2,4 Milliarden mehr als im Jahr zuvor. Lediglich 90 Millionen davon wurden als „Übergewinnsteuer“ gezahlt.

Energie Steiermark: Land soll Anteile kaufen

Der liberalisierte Energiemarkt funktioniert nicht. Im Bereich der Daseinsvorsorge dürfen nicht Profite der entscheidende Maßstab sein, während Menschen sich Licht oder Heizung nicht mehr leisten können. Die öffentliche Hand muss einschreiten – so auch in der Steiermark: Seit 2015 ist der australische Finanzkonzern Macquarie mit rund 25 Prozent an



Strompreise und Nachzahlungen bringen viele Menschen in existenzielle Bedrängnis, während die Energiekonzerne fette Übergewinne machen, die kaum besteuert werden.

FOTO: BRUNO, PIXABAY

der Energie Steiermark beteiligt. Nun will Macquarie die Anteile verkaufen. Das Land hat für diese Anteile ein Vorkaufsrecht und soll dieses auch nutzen, fordert die KPÖ. Somit wäre das Land alleiniger Eigentümer und könnte wichtige Entscheidungen treffen

– sowohl was die Sicherstellung von leistbaren Preisen als auch die Umrüstung gemäß Klimazielen anbelangt. „Wenn die Steiermark auf ihr Rückkaufrecht verzichtet, wäre das ein schwerer Fehler der Regierung“, so KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

kinderland
Steiermark

für Kinder im Alter von
6-15
Jahren

OSTERWOCHE IN ST. RADEGUND

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- abwechslungsreiches Outdoorprogramm

Preis: ab € 44,00*

*abzgl. max. Landeszuschuss,
Preis ohne Zuschuss € 220,-

01. - 07. April 2023
Kinderlandvilla St. Radegund

Auskunft und Anmeldung:
0316/82 90 70 • office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

Wohnen darf nicht arm machen!

Erholung, Geselligkeit, Lebensmittelpunkt – unser Zuhause ist so viel mehr als „nur“ ein Dach über dem Kopf. Eigene vier Wände, in denen man sich wohlfühlt, sind ein wichtiger Baustein des persönlichen Glücks. Umso belastender ist es, wenn das eigene Zuhause zunehmend schwerer leistbar wird. So geht es aber gerade vielen Menschen. Miete, Betriebs- und Energiekosten steigen wesentlich schneller als unsere Löhne und Gehälter. Diese Rechnung geht sich einfach nicht aus.

Ich habe immer häufiger Menschen bei mir in den Sozialberatungen, die arbeiten und trotzdem nicht mehr über die Runden kommen. Bei diversen Sozialleistungen schauen Menschen mit unterdurchschnittlichen Arbeitseinkommen, die dringend Unterstützung gebrauchen könnten, aber leider durch die Finger. Hier hat die Landesregierung dringenden Handlungsbedarf.

Was ich auch völlig unverständlich finde: Die steirische Wohnunterstützung wurde seit sage und schreibe 12 Jahren nicht erhöht. Die Wohnkosten sind seither aber um mehr als die Hälfte gestiegen! So betreiben ÖVP und SPÖ Sozialabbau durch die Hintertür. Gerade in Zeiten wie diesen bräuchten die Menschen aber mehr und nicht weniger Unterstützung, denn Wohnen darf nicht arm machen!

KARIN GRUBER

Tel.: 0316 – 877-5101

E-Mail:

karin.gruber@stmk.gv.at

Sprechstunden:

Wir bitten um Terminvereinbarung per Mail oder Telefon.

Internationaler Frauentag am 8. März

Es gibt noch viel zu tun

Frauen sind ohnehin schon längst gleichberechtigt.“ Haben Sie diesen Satz schon einmal gehört, vielleicht sogar schon öfter? Es ist wie mit dem Online-Wetterbericht: Das Handy sagt uns, dass die Sonne scheint. Wir vertrauen darauf. Gleich darauf gehen wir aus dem Haus, natürlich ohne Regenschirm. Wenn es regnet, spüren wir im ersten Moment nicht einmal die Regentropfen, denn wir glauben an die virtuelle Wetterprognose von vorhin.

Die Realität zu leugnen, so oft es geht, oder sie zumindest totzuschweigen, ist eine beliebte Methode, in der Psychologie als „Gaslighting“ bekannt. Und so kommt es, dass die gesellschaft-

liche Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Papier längst vollzogen ist, obwohl es Frauen tagtäglich ganz anders erleben.

Wer bekommt die Führungsposition am Arbeitsplatz: der Mann. Wer kocht das Abendessen: die Frau. Wer kümmert sich um die Kinderbetreuung: die Frau. Wer bleibt zu Hause, wenn es mit der Kinderbetreuung nicht klappt oder arbeitet in Teilzeit? Die Frau. Wer bekommt die schlechter bezahlten Jobs? Die Frau.

Und wer steht nach einem langen arbeitsreichen Leben mit leeren Händen da, weil die Pension vorne und hinten nicht reicht?

Mittwoch, 8. März –

Treffpunkt 17 Uhr am Südtirolerplatz

Demonstration am Internationalen Frauentag

des 8.-März-Komitees – www.0803.at

TERMINE ZUM FRAUENTAG IN GRAZ

Sonntag, 5. März
ab 10 Uhr im Volkshaus Graz,
Lagergasse 98a

Frauenfrühstück.

Konzert von Rebecca Anouche (Gesang) und Manu Maze (Akkordeon)

Dienstag, 7. März

Aktion und Quiz

von KPÖ und BDF im städtischen Raum: 15–17 Uhr am Hauptplatz Ecke Sporgasse

Donnerstag, 9. März,
um 18:30 Uhr im KIZ RoyalKino

Film „HIVE“

Der Bund demokratischer Frauen (BDF) zeigt den Film HIVE, inspiriert von der wahren Lebensgeschichte einer willensstarken und mutigen Frau. Freier Eintritt.



Grazer Frauenwanderung

- Vorankündigung
Der Bund demokratischer Frauen Steiermark veranstaltet
am 23. 4. 2023 eine Wanderung für Frauen

mit Ina Bergmann: Treffpunkt ist beim Cafe Auer bei der Green City (Haltestelle Zweierbosniakengasse der Linie 31 Richtung Webling) um 13.30 Uhr. Oder um 14 Uhr am Parkplatz beim Schloss St. Martin.

Wir gehen ca. 1 Stunde auf den Buchkogel. Für Kleinkinder sollten mittels Tragetuch oder Kindersitz auf dem Rücken mitgenommen werden, da der Weg für Kinderwagen nicht geeignet ist. Oben gibt es einen Kinderspielplatz und eine wunderbare Aussicht auf Graz von der neuen Aussichtsplattform. Geschätzte Rückkehr: etwa 18 Uhr.

E-Mail für nähere Infos:
bdf.steiermark@gmx.at



Graz bekommt wieder Frauenbeauftragte

Graz hat eine reiche Palette an Frauengruppen. Die Erfahrungen dieser Expertinnen zu hören und zusammenzuführen, wird auch zu den Aufgaben der zukünftigen Sprecherin des Grazer Frauenrats gehören.

Als Protagonistin der *Catcalls of Graz* ist **Anna Majcan** bekannt. Sie wird ab 1. März Geschäftsführerin des Grazer Frauenrats mit eigenen Büroräumlichkeiten.

Im letzten Jahr hat Majcan mit den *Catcalls of Graz* den Grazer Frauenpreis erhalten. Zuletzt organisierte sie mit der „Galerie gegen Sexismus“ eine viel beachtete Ausstellung.

„Endlich ist die Durststrecke des Grazer Frauenrats zu Ende.



Sara Kampitsch, Bürgermeisterin Elke Kahr und die neue Frauenbeauftragte Anna Majcan.

Als Frauenstadträtin habe ich von Anfang an betont, wie wichtig es ist, die unabhängige Arbeit

im Interesse der Grazer Frauen zu sichern“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr** (KPÖ).

Sie dankte allen Organisationen und Frauen, die durch ihr ehrenamtliches Engagement und ihre Arbeit dazu beigetragen haben, dass der Frauenrat die vergangenen Jahre überdauern konnte, und ganz besonders Obfrau **Barbara Kasper**.

„Anna Majcan hat Sexismus aufgedeckt, sich für Geschlechtergerechtigkeit eingesetzt und der Gesellschaft den Spiegel vorgehalten“, so Vizebürgermeisterin **Judith Schwentner**.

„Wir sind glücklich, dass es in unserer Stadt so viele Frauen-Initiativen, -Vereine und -Organisationen gibt. Das ist wichtig, weil wir immer noch weit entfernt von einer geschlechtergerechten Gesellschaft sind“, betont SPÖ-Gemeinderätin **Daniela Schlüsselberger**.

Warum steigende Preise kein Naturgesetz sind

Wohl jeder und jede merkt die massiven Teuerungen, sei es bei den Energiekosten, bei den Mieten, beim Lebensmitteleinkauf oder an der Tanksäule.

In Österreich lag die durchschnittliche Inflation im Jahr 2022 bei 8,6 Prozent. Im Jänner 2023 betrug sie sogar 11,1 Prozent und legte somit im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten noch einmal kräftig zu. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, sich das tägliche Leben noch leisten zu können.

Bereits 2021 führten eine verstärkte Nachfrage in Kombination mit brüchigen Lieferketten zu steigenden Preisen. So richtig angezogen hat die Teuerung mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, was vor allem mit einer starken Abhängigkeit von russischem Gas, aber auch mit der sich immer weiterdrehenden Sanktionsspirale gegen Russland zu tun hat.

Preise steigen nicht, sie werden erhöht

Dabei steigen die Preise aber nicht einfach so, sie werden von den Unternehmen erhöht und das schon bevor die Einkaufspreise für die Unternehmen selbst steigen. Auch werden erwartete Preissteigerungen oft zur Spekulation für höhere Profite genützt, indem Waren zurückgehalten werden, in der Erwartung, diese etwas später zu einem noch höheren Preis verkaufen zu können.

Ebenso können große Unternehmen ihre Marktmacht nutzen, die Preise über Gebühr zu erhöhen, da sie aufgrund ihrer marktbeherrschenden Position sicher sein können, dass die Konsument:innen ihre Waren auch zu erhöhten Preisen beziehen müssen, da es keine Alternative gibt.



Der tägliche Einkauf wird für immer mehr Menschen immer unerschwinglicher. Viele Preise sind werden von Konzernen willkürlich erhöht.

FOTO: PIXABAY, ALEXA

Davon zeugen Unternehmen, die in Inflationszeiten Rekordprofite einfahren, wie das Beispiel OMV zeigt. So konnte der Energiekonzern seinen Nettogewinn im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 85 % steigern. Anstatt die Preise immer weiter zu erhöhen, könnten diese Konzerne auf einen Teil ihres Profits verzichten und würden trotzdem noch immer schwarze Zahlen schreiben. Die Sicherung der Rendite für die Aktionäre und möglichst hohe Bonuszahlungen für Spitzenmanager scheinen aber wichtiger zu sein.

Steuergeld für Unternehmensprofite

Was aber tun Politiker:innen um die Menschen in diesen schwierigen Zeiten zu entlasten? Die österreichische Bundesregierung hat einige Maßnahmen gesetzt. Allerdings handelt es sich dabei meist um einmalige Zuschüsse. Der Großteil der Maßnahmen trägt damit nicht zu einer Senkung der Preise bei. Letztlich subventionieren die Steuerzahler:innen die hohen

Profite der Unternehmen. Diese erhalten aber ohnehin auch Geld vom Staat in Form von Energiehilfen, wobei hier sehr großzügig mit der Gießkanne vorgegangen wird und eine Überförderung wie schon bei den Coronahilfen zu befürchten ist. Da stellt sich die Frage, wer am Ende die Zeche zahlen wird?

Eine Antwort könnten Übergewinnsteuern sein, die jene Unternehmen zu entrichten haben, die durch die Inflation Rekordprofite einfahren. War dies vor Monaten noch ein absolutes Tabu, hat man sich nun auch in Österreich dazu durchgerungen, eine solche Steuer einzuführen. Das umgesetzte Modell ist allerdings unzureichend und zielt wohl darauf ab, die Krisenprofiteure nicht zu sehr zu „belasten“, wie am Beispiel OMV deutlich wird, die von ihrem enormen Zusatzgewinn nur einen geringen Teil an Steuern abführen muss.

Es geht auch anders

Dass es auch anders geht, zeigen Länder wie Spanien oder

Frankreich. Hier greift der Staat aktiv ins Marktgeschehen ein. So setzen Spanien und Frankreich schon seit einiger Zeit auf Preisbremsen, etwa bei Energie und Lebensmitteln. In Spanien beispielsweise dürfen die Mieten nur mehr um maximal zwei Prozent pro Jahr angehoben werden. Diese Maßnahmen haben tatsächlich eine preisdämpfende Wirkung.

Die bisher einzige preisdämpfende Maßnahme in Österreich ist die im Dezember eingeführte Strompreisbremse. In vielen anderen Bereichen laufen die Teuerungen weiter. Es wäre endlich an der Zeit, dass auch die österreichische Bundesregierung preisdämpfende Maßnahmen für bestimmte Waren einführt und so der massiven Belastung für die Bevölkerung nachhaltig entgegenwirkt. Nicht zuletzt geht es aber auch vor allem darum, dass Menschen Löhne erhalten, von denen sie leben können. Leider haben sich hier die Gewerkschaften auch vielfach mit Lohnabschlüssen unter der Inflationsrate abspesen lassen.

Daniela Katzensteiner

KOMMENTAR



FOTO: KPÖ

Gerechtigkeitsfrage stellen

Die Inflationsrate hat einen neuen Rekordwert erreicht. Löhne, Gehälter und Pensionen reichen vielfach nicht mehr aus, um einigermaßen damit auszukommen. Die Ergebnisse der Klausur der Bundesregierung sind in diesem Zusammenhang ernüchternd, die Antworten auf die Krise die falschen. Statt die Inflation zu bekämpfen und die Pensionen angemessen zu erhöhen, soll mehr und länger gearbeitet werden. Zusätzlich zur Erhöhung des Frauenpensionsalters soll das faktische Pensionsalter an das gesetzliche herangeführt werden: Arbeiten in der Pension soll gefördert, Überstundenzuschläge steuerbefreit und die geblockte Altersteilzeit abgeschafft werden.

Das Rezept dieser Regierung lautet: Mehr und länger arbeiten. Das ist gewiss keine Lösung. Vielfach ist es etwa aus gesundheitlichen Gründen auch nicht möglich. Die Abschaffung der geblockten Altersteilzeit trifft Arbeiter:innen, die aus betrieblichen Gründen die kontinuierliche Variante nicht in Anspruch nehmen können und sie trifft Beschäftigte mit Gesundheitsproblemen, die dadurch ein hohes Risiko haben, den Arbeitsplatz zu verlieren.

Ich bin überzeugt, dass wir mehr Verteilungsgerechtigkeit brauchen, nicht immer längere Arbeitszeiten.

Georg Erking ist Bundesvorsitzender des Gewerkschaftlichen LinksBlocks – GLB und Arbeiterkammerrat der AK Steiermark.

Tel. 0677/612 53 899
fb.com/glbsteiermark

Finger weg von den Pensionen!

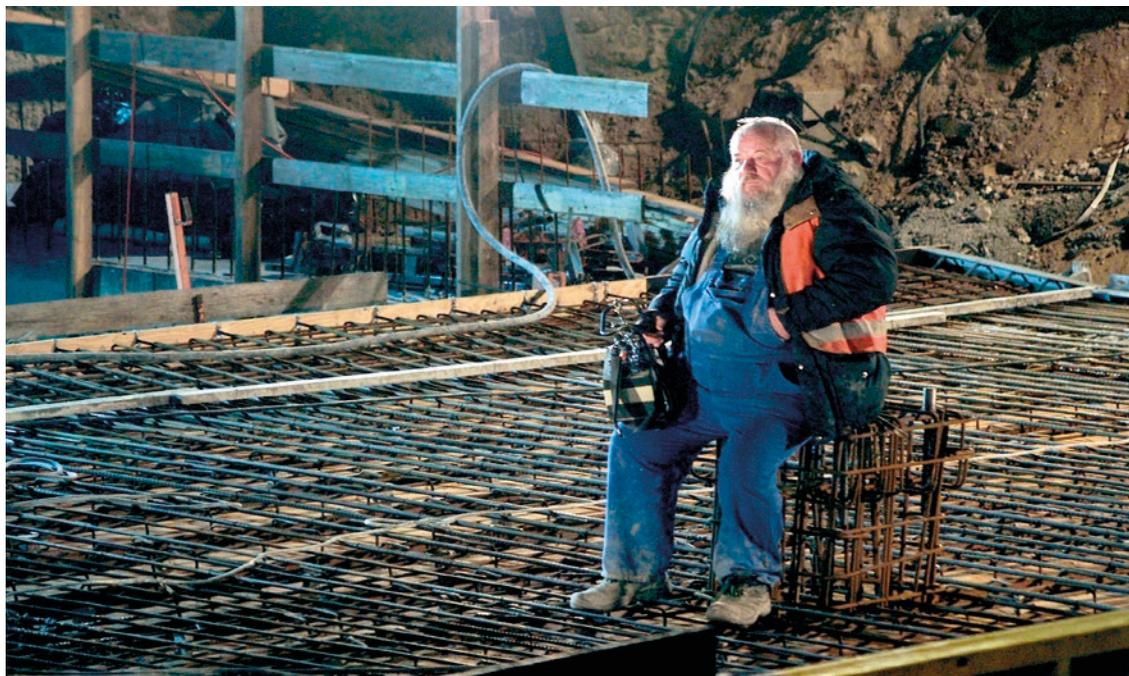


FOTO: OFOTO RAY/PXABAY

Die Bundesregierung will die geblockte Altersteilzeit abschaffen, dafür aber das Arbeiten über die Pension hinaus durchsetzen – der GLB setzt sich dagegen ein.

Die Kosten für Wohnen, Energie und Lebensmittel sind im letzten Jahr massiv gestiegen. Der Preistreiber Inflation belastet alle Bevölkerungsschichten und natürlich auch besonders jene, die ohnehin nicht viel zum Leben haben. Hinlänglich bekannt ist, dass es ältere Menschen am Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Darum sollte die Politik Fürsorge dafür treffen, dass diese Menschen ihren Job nicht verlieren.

Geblockte Altersteilzeit

Dass die Bundesregierung im Jänner angekündigt hat, dass die geblockte Altersteilzeit abgeschafft werden soll, bewirkt aber genau das Gegenteil. Speziell für Arbeitnehmer:innen in psychisch und physisch besonders anstrengenden Berufen, war die geblockte Altersteilzeit ein besonders gutes Mittel um einerseits etwas kürzer zu treten, gleichzeitig aber im Beruf zu bleiben.

Arbeiten in der Pension

Fast paradox mutet es an, dass gleichzeitig mit der Abschaffung der geblockten Altersteilzeit versucht wird, neue Anreize für das Arbeiten über die wohlverdiente Pension hinaus zu schaffen. Das Arbeiten nach dem Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters (65 Jahre bei Männern und 60plus Jahre bei Frauen) durch den staatlichen Verzicht auf Pensionsversicherungsbeiträge soll attraktiviert werden. Pensionisten werden damit wieder zu billigen Arbeitskräften.

Kritik des GLB

Der GLB sieht die Bemühungen, eine längere Lebensarbeitszeit durchzusetzen, äußerst kritisch. Der GLB tritt für ein gesundes Arbeiten bis zur Pension, gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung ein. Natürlich muss auch gesichert sein, dass Pensionen gezahlt werden, die auch Menschen mit kleinen Pensionen nicht verarmen lassen.

Sie haben Fragen oder Anliegen zu Beruf und Arbeitswelt?

Rufen Sie uns an!

 **0677/612 538 99**

 **glb@glb-steiermark.at**

GLB Gewerkschaftlicher Linksblock

EU: Korruption und Bestechlichkeit

Ein Skandal erschütterte im letzten Jahr die Europäischen Institutionen. Ein genauerer Blick zeigt: Kriminelle Machenschaften sind in der EU keine Seltenheit.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Korruption: Die Vorwürfe gegen **Eva Kaili** sind schwer, ihr Amt als Vizepräsidentin des EU-Parlaments hat sie deswegen bereits verloren. Die griechische Politikerin wird verdächtigt, Geld und teure Geschenke von Katar und Marokko erhalten zu haben. Im Gegenzug soll sie sich bei politischen Entscheidungen für die beiden Länder eingesetzt haben. Sie ist eine von sechs Verdächtigen, die von den belgischen Behörden in dem Korruptionsskandal festgenommen wurden. Im Raum steht, dass das Golfemirat Katar, das die Fußball-Weltmeisterschaft ausgerichtet hat, mit umfangreichen Geld- und Sachgeschenken versucht hat, Einfluss auf politische Entscheidungen im Europaparlament zu nehmen.

Auch **Maria Arena**, bislang Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte im Europäischen Parlament, trat von ihrer Funktion zurück – wohl um einem förmlichen Abwahlverfahren zu entgehen. Denn das Gremium steht im Mittelpunkt des Skandals und die belgische Sozialdemokratin spielte dabei eine zentrale Rolle, auch wenn sie bisher nicht zu den Beschuldigten gehört. Auch bei ihr geht es um die Einflussnahme durch Katar und Marokko.

Insgesamt wurden in dem Skandal 1,5 Millionen Euro an Bargeld beschlagnahmt.

Der Skandal unter EU-Parlamentarier:innen ist kein Einzelfall, wie die Vorkommnisse



Lobbyismus und Korruption – immer wieder ist Brüssel Schauplatz von Affären.

FOTO: UNSPLASH/CARL CAMPBELL

der letzten Jahre deutlich zeigen. Immer wieder erschüttern Korruptionsaffären die Europäische Union.

„Cash for Laws“-Affäre

2010 gaben sich die *Sunday Times*-Reporter als Lobbyisten aus und versuchten für je 100.000 Euro, 60 verschiedene Abgeordnete des Europäischen Parlaments dazu zu bringen, einen von den Reporter:innen vorgeschlagenen Gesetzesentwurf durchzusetzen. Die beiden erhielten viele Absagen, doch drei Abgeordnete – der ehemalige österreichische ÖVP-Innenminister **Ernst Strasser** und die beiden Sozialdemokraten **Adrian Severin** aus Rumänien und **Zoran Thaler** aus Slowenien – gingen auf das Angebot ein. Im deutschsprachigen Raum sorgte vor allem Strasser für Schlagzeilen und für Klicks auf diversen Videoportalen, in denen die Mitschnitte der Gespräche zwischen ihm und den Reportern kursierten. In diesen Videos gab Strasser unumwunden zu:

„Of course I am a lobbyist.“
(„Natürlich bin ich ein Lobbyist.“)

Letztlich gab die Korruptionsstaatsanwaltschaft bekannt, dass gegen ihn Anklage wegen Bestechlichkeit erhoben werde. Strasser wurde am 13. März 2014 verurteilt und trat im November 2014 seine Haftstrafe an – ausgerechnet in einem Gefängnis, das er als Innenminister selbst eröffnet hatte.

Und noch mehr korrupte Parlamentarier...

Im Jahr 2012 wurde EU-Gesundheitskommissar **John Dalli** vom damaligen EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** entlassen. Grund waren die Ermittlungsergebnisse der Antibetrugsbehörde der EU. Denn der schwedische Tabakkonzern Swedish Match beschuldigte den Konservativen aus Malta, das Unternehmen erpresst zu haben. Gegen viel Geld wurde dem Unternehmen in Aussicht gestellt, die Verschärfung der Tabakrichtlinie in ihrem Sinne beeinflussen zu können.

Die Antibetrugsbehörde der EU konnte zwar keine direkte Beteiligung des EU-Kommissars nachweisen – Dalli soll aber von dem illegalen Angebot gewusst

haben. Dalli bestreitet die Vorwürfe bis heute. Ihm zufolge war er das Opfer einer Falle der Tabaklobby geworden.

Kein unbeschriebenes Blatt ist auch der ehemalige EU-Parlamentarier **George Becali**. Der rumänische Christdemokrat und Eigentümer des Fußballklubs Steaua Bukarest wurde 2009 ins Europaparlament gewählt, obwohl er in mehrere halbseidene Geschäfte involviert war. Ihm wurden unter anderem Dokumentenfälschung und Zahlung von Bestechungsgeldern vorgeworfen. Um sich vor strafrechtlichen Ermittlungen zu schützen, wechselte er Ende 2012 von Brüssel ins rumänische Parlament.

Ganz konnte Becali dem Gesetz nicht entkommen: Im Februar 2013 wurde er in Bukarest für eine Straftat aus dem Jahr 2009 verurteilt: Zusammen mit vier Leibwächtern hatte er die Diebe eines seiner Luxusautos misshandelt, statt sie der Polizei zu übergeben. Becali wurde wegen Freiheitsberaubung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Helene Klug

Rauchfangkehrer im Gespräch

Brandgefahr und Sicherheit

Sie gelten als Glücksbringer, glänzen aber auch mit umfangreichem Fachwissen rund ums Heizen. Wir haben zwei Rauchfangkehrermeister, Christian Gruber und Andreas Dörffel, getroffen und sie zu ihrem Beruf sowie den Themen Heizen, Umwelt und Klima befragt.

In der Münzgrabenstraße 221 list der Rauchfangkehrerbetrieb von Andreas Dörffel. Bereits seit 1923 besteht die Rauchfangkehrer-Dynastie Dörffel in Graz. Wir treffen Herrn Dörffel gemeinsam mit Rauchfangkehrermeister DI Christian Gruber, der seinen Betrieb in der Elisabethnergasse hat.

Erste Rauchfangkehrermeisterin 1937

Mit der Tradition, dass Rauchfangkehrer immer Männer sein müssen, machte Familie Dörffel Schluss: „Meine Oma, Karoline Dörffel, war 1937 die erste Rauchfangkehrer-Meisterin im deutschsprachigen Raum“, erzählt Andreas Dörffel stolz. Damals war das natürlich eine Sensation und nicht unumstritten. „Die nimmt ja den Männern die Arbeit weg!“, hat es damals geheißen“, lacht Dörffel.

Kein Konkurrenzkampf

Gruber und Dörffel sind gute Kollegen und tauschen sich regelmäßig aus. Konkurrenzkampf gibt es keinen. „Jeder Betrieb ist für ein bestimmtes Gebiet zuständig. Zwar gibt es heute keinen Gebietsschutz mehr. Die Kund:innen können also den Rauchfangkehrer wechseln. Allerdings wird diese Möglichkeit kaum wahrgenommen, denn die Tarife sind geregelt und überall gleich“, erklärt Christian Gruber. „Und meist bestehen langjährige, vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Kund:innen und „ihrem“ Rauchfangkehrer.“

Nicht nur auf dem Dach

Das Berufsbild des Rauchfangkehrers hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt: Einst reine Kaminkehrer, deren Aufgabe es war, Kaminbrände zu verhindern haben sie sich zu umfassenden Brand-, Umwelt- und Klimaschutztechniker:innen gewandelt. Der Beruf ist heute körperlich weniger anstrengend, dafür aber technisch anspruchsvoller geworden. Rauchfangkehrer machen Abgasmessungen, Dichtprüfungen, Kesselkehrungen und vieles mehr – und sie führen Beratungen durch.

Gekehrt wird von oben nach unten, also braucht der Rauchfangkehrer einen gesicherten Zugang aufs Dach: ein entsprechender Zugang zum Kamin vom Dachboden ist Voraussetzung.

Kamine abgeschafft

Was die beiden Betriebsinhaber bemerken, ist eine wachsende Verunsicherung in der Bevölkerung: „Was ist, wenn die Fernwärme ausfällt?“, fragen viele. Bis Mitte der 90er Jahre musste noch jede Wohnung Zugang zu einem Kamin haben, seit 2014 gibt es bei Neubauten nicht einmal mehr die Pflicht zumindest einen Notkamin zu bauen.

„Wer einen Fernwärmeanschluss hat, aber keinen Kamin, hat keine Wahl und kann für den Fall, dass die Fernwärme ausfällt, nicht selber vorsorgen“, bringt Christian Gruber die Sorgen der Betroffenen auf den Punkt. Und Andreas Dörffel ergänzt: „Vor Weihnachten hatten wir im Schnitt 10 Anrufe pro Tag, wo es um die Frage gegangen ist, was die Leute tun können, wenn die Heizung ausfällt.“

Kein Alleingang!

Dörffel und Gruber warnen eindringlich vor dem illegalen Einbau von Heizungen. „Das kann lebensgefährlich sein!“ Hier besteht nicht nur Brandgefahr,

Die Grazer Rauchfangkehrermeister Christian Gruber (r.) und Andreas Dörffel (in Gala-Ausrüstung).



sondern auch die Gefahr von Rauchgasvergiftungen. Ein vorhandener Kamin muss vor Inbetriebnahme vom Rauchfangkehrer überprüft werden.

Bei Notkaminen in Mehrparteienhäusern muss geklärt werden, wer heizt und wer nicht. „Wir hatten einmal den Fall, dass oben jemand einen Ofen in Betrieb genommen hat, und in der Wohnung unten ist der Rauch rausgekommen“, erzählt Herr Gruber. „Zum Glück ist niemand zu Schaden gekommen, denn der Bewohner im unteren Stockwerk war gerade nicht daheim.“

Böse Einzelheizung?

Mit dem Gerücht, dass jede Einzelheizung umweltschädlicher als Fernwärme ist, räumen die Rauchfangkehrermeister auf. Der Wärmeverlust, der in den Leitungen bei Fernwärmetransporten über weite Strecken entsteht, ist nicht zu unterschätzen. Auch, dass man bei der Fernwärmeproduktion in der Grazer Puchstraße im vergangenen Jahr aufgrund der Preisentwicklung von Gas auf Öl umsteigen musste, wirkt sich auf die Klimabilanz aus.

Die beiden betonen: „Wichtig ist, möglichst viele Heizungen zu haben, die mit nachwachsenden regionalen Rohstoffen betrieben werden. Moderne Heizanlagen haben bereits einen hohen Wirkungsgrad. So wird heute

z.B. auch Abgaswärme genutzt – und mittels Wärmetauscher dem Heizsystem zugeführt“, erklärt Herr Gruber.

Die oft empfohlene Wärmepumpe ist nur in sehr gut isolierten Häusern eine Lösung, da sie bei falscher Dimensionierung viel Strom verbraucht.

Planungssicherheit gefragt

Dörffel und Gruber lieben ihren Beruf. Aber was wünschen sie sich für die Grazer:innen? Andreas Dörffel spricht einen Wunsch aus: „Die Menschen sollen selbst entscheiden dürfen, wie sie heizen.“ Und Christian Gruber spricht das Thema Planungssicherheit an: „Die Leute wollen wissen: Muss bzw. wann muss ich umrüsten? Wie kann ich meine Heizung auch morgen noch bezahlen?“ Hier ist die Politik gefordert, gute und leistbare Lösungen für alle zu gewährleisten.



Karoline Dörffel war die erste Rauchfangkehrermeisterin in der Männerdomäne.

Grazer Traditionsbetriebe: Feinkost Schein

Klein aber fein

Ein dekoratives Strohpuppen-Pärchen in steirischer Tracht lädt am Griesplatz 35 in das kleine Feinkostgeschäft von Gabriele Schein, das dem Besucher Einiges zu bieten hat.

Seit 21 Jahren versorgt Frau Schein eine treue Stammkundschaft mit feinem Brötchenservice und allem, was eine Greißlerei üblicherweise anbietet. Außerdem hat sie steirische Weine und viel Selbstgemachtes (Wurstsalat, hausgemachte Mehlspeisen) im Angebot. In der Vitrine entdecken wir Ennstaler Steirerkäs und Haxlsuppn.

Das heimelige Geschäft verfügt über ein kleines Buffet, in dem man auch vor Ort jausnen kann.

Frau Schein, eine gebürtige Weststeirerin, hat ihren Berufsweg als junge Frau mit einer SchneiderInnenlehre in Eibiswald begonnen. Danach hat sie ihre beiden Töchter großgezogen. Ab 1990, inzwischen in Graz wohnhaft, war sie zwei Jahre lang in der damaligen Fleischerei Schmidt in der Vinzenz Muchitsch-Straße im Verkauf tätig. Es folgten lange



Jahre bei Feinkost Roschitz in der Belgiergasse. Als die Familie Roschitz in Pension ging, hat Frau Schein 2001 den Sprung in die Selbständigkeit gewagt: Sie hat die langjährige ADEG-Greißlerei am Griesplatz 35 übernommen.

Mit ihrem Brötchenservice („ungefähr 60% meines Geschäfts“) hat sich Gabriele Schein im Lauf der Jahre einen guten Ruf erworben: „Mein oberstes Prinzip ist es, die hohe Qualität beizubehalten“. Sie beliefert kleine und große Feiern in ganz Graz („unser größter Auftrag: 800 Brötchen“), und richtet bei Hochzeiten mit ihren Brötchen auch oft die Agape nach der Trauung in der Kirche aus. Zahlreiche Firmen gehören zur langjährigen Kundschaft von „Feinkost Schein.“

Das dekorative Strohpuppen-Pärchen vor dem Geschäft



Die Brötchen werden im Geschäft zubereitet. In Stoßzeiten, zum Beispiel vor Weihnachten, hilft die ganze Familie mit: „Der Familienzusammenhalt macht das Geschäft erst möglich.“

Frau Schein beschäftigt außerdem eine geringfügig angestellte Mitarbeiterin.

In der schwierigen Corona-Zeit, als das Brötchenservice immer wieder komplett weggefallen ist, hat Frau Schein nicht aufgegeben, sondern war kreativ: So hat sie etwa für die Kundschaft gekocht. In den Zwischenzeiten, in denen Catering eingeschränkt möglich war, hat sie vortportionierte, hygienisch einwandfreie „Corona-Boxen“ ausgeliefert. Inzwischen hat sich das Geschäft mit den Brötchen wieder gut erholt: „90% von Vor-Corona.“

Den älteren Stammkunden in der Nachbarschaft („mein Publikum erstreckt sich von jung bis 90“) wird auch zugestellt.

Frau Schein hat beobachtet, dass es zunehmend Menschen gibt, die das Intime eines kleinen Geschäfts der Anonymität der

Großmärkte vorziehen. Da spielt das Zuhören eine entscheidende Rolle: „Die Leute erzählen mir Persönliches, teilen mir auch ihre Sorgen mit.“

Die Begeisterung für ihr Geschäft ist bei Frau Schein nach all den Jahren ungebrochen, trotz aller Schwierigkeiten: Die Preise der „Rohstoffe“ steigen, die Lieferbedingungen haben sich stark verändert – „aber der Spaßfaktor ist noch immer gegeben“, betont sie.

Jeden August nimmt sie zwei Wochen frei, da geht 's dann bevorzugt in den Süden ans Meer. Da Frau Schein in ihrem Berufsleben sehr auf die Mithilfe ihrer Familie angewiesen ist, verbringt sie die Wochenenden gerne damit, die ganze Familie zu bekochen: „Inklusive Enkerl!“

ChriMa

Feinkost Schein

Griesplatz 35, 8020 Graz

Tel.: 0316/711210

Öffnungszeiten: Montag-Freitag 6.00-13.00/15.00-18.00 Uhr

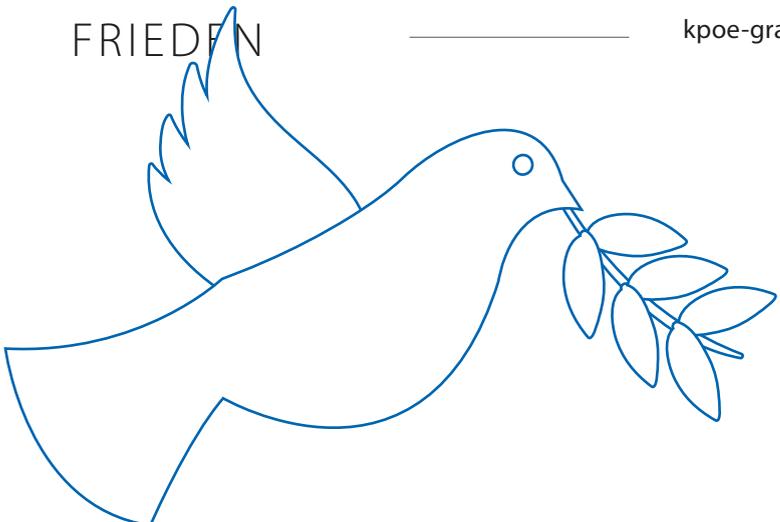
Samstag 6.00-12.00 Uhr

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit – angesichts der menschlichen Opfer, aber auch der vielen sozialen Probleme in allen Ländern, der weltweiten Armut und der globalen Klimaerhitzung. Im Interesse der Menschheit muss es die erste Aufgabe sein, den Krieg in der Ukraine, wie jeden Krieg, so rasch wie möglich zu beenden. Dass eine so einfache wie einleuchtende Feststellung heute immer öfter auf wütenden Widerspruch der herrschenden Meinungsmacher stößt, zeigt, wie gefährlich weit die Kriegslogik bereits fortgeschritten ist. Es ist dringend an der Zeit, dass wir aus der militärischen Logik und der Rüstungsspirale ausbrechen.

Vor einem Jahr hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Damit wurde der seit 2014 in der Ostukraine schwelende militärische Konflikt auf eine neue Stufe gehoben. Zehntausende Menschen wurden in dem furchterlichen Krieg seither getötet, Millionen Menschen haben ihre Heimat verloren, Städte und Dörfer wurden zerstört.

Die KPÖ Steiermark hat den militärischen Einmarsch Russlands in die Ukraine von Beginn an in aller Deutlichkeit verurteilt. Wie jeder Angriffskrieg ist diese Invasion ein Bruch des Völkerrechts und durch nichts zu rechtfertigen. Die autoritär-kapitalistische Oligarchenherrschaft Russlands unter der Führung Putins bringt entsetzliches Leid über die Bevölkerung des Nachbarlandes und verschärft im Inneren die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, die die Kosten des Krieges zu tragen hat.

Mit großer Sorgen sehen wir zugleich, dass auch im Westen die herrschenden Kreise auf eine weitere Eskalation des Krieges setzen. Seit vielen Monaten werden von den NATO-Staaten unter Führung der USA milliardenschwere Waffensysteme und Munition, nun sogar Kampfpanzer aus den USA, Deutschland und weiteren NATO-Staaten geliefert.



Waffen liefern keinen Frieden

**Wir müssen aus militärischem Tunnelblick und Rüstungsspirale ausbrechen:
Humanitäre Hilfe für die Menschen in der Ukraine
und Diplomatie für Waffenstillstand und Frieden.**

Stoppt den Krieg!

Die Antwort auf das Elend des Krieges darf nicht eine weitere Verschärfung des Krieges sein! Die Fortsetzung des Krieges mit immer schwereren Waffensystemen erhöht zugleich die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation und die Verwicklung weiterer Staaten in kriegerische Auseinandersetzungen – mit unabsehbaren Folgen bis hin zum Einsatz von Atomwaffen.

Weder Putin noch NATO!

Brandgefährlich ist die Tatsache, dass sich die Regierenden auch vieler westlicher Staaten mehr und mehr als Kriegspartei verstehen. In den USA, in den NATO-Staaten und in den Ländern der EU findet eine massive Aufrüstung und Militarisierung statt. In Österreich wird der Krieg in der Ukraine auch als Vorwand genommen, um unsere Neutralität auszuhöhlen oder ganz in Frage zu stellen.

Eine Militarisierung erleben wir aber nicht nur in Form von Aufrüstung, sondern auch in einer Zuspitzung der Kriegslogik und -rhetorik. Wer

für diplomatische Lösungen und Friedensverhandlungen statt Waffenlieferungen und Konflikteskalation eintritt, ist schnell dem Vorwurf ausgesetzt, auf der Seite des Gegners zu stehen. Eine vermeintliche Logik, die noch jede kriegerische Auseinandersetzung mit sich brachte.

Wir stehen nicht auf der Seite der Mächtigen und Kriegsherren, weder auf der Seite Putins noch der NATO. Wir stehen als Friedenspartei auf der Seite der Menschen in der Ukraine und der arbeitenden Menschen in allen Ländern.

Geld für Rüstung fehlt bei Gesundheit, Bildung oder Wohnen!

Jeder Euro, der jetzt zusätzlich in die Rüstung fließt, fehlt bitter, wenn es um Soziales, Gesundheit, Wohnen oder Bildung geht. Auch in unserem Land kommen durch die massiven Teuerungen immer mehr Menschen immer schwerer über die Runden. Angesichts dessen braucht es massive soziale Investitionen für die Menschen, keine höheren Ausgaben für Rüstung und Zerstörung!

Österreichs Neutralität neu beleben!

Gemeinsam mit allen Menschen, die sich für Frieden und Solidarität einsetzen, wollen wir aus der militärischen Eskalationsspirale ausbrechen. Wir wollen Druck von unten aufbauen, dass Krieg in keinem Land ein Mittel der Konflikt austragung sein darf und alle Bemühungen unternommen werden, den Krieg in der Ukraine unverzüglich zu stoppen und das Leid der Menschen zu lindern. Österreich hat eine lange Tradition einer vermittelnden Außenpolitik, die einen Beitrag dazu leisten kann, diesen brandgefährlichen und mörderischen Krieg zu beenden und eine neue Friedensordnung zu schaffen.

● **Für ein Ringen nach
Lösungen statt
Eskalation!**

● **Für Abrüstung und
Neutralität!**

● **Die Waffen nieder!**

**Vollständiger Text unter:
www.kpoe-graz.at/frieden**



Streik im Krankenhaus!

Die Berliner Krankenhausbewegung zu Gast in Graz

Was, wenn das Personal in Krankenhäusern für bessere Arbeitsbedingungen streikt? Die Beschäftigten der Berliner Charité und der Vivantes-Krankenhäuser haben es gewagt – und waren erfolgreich!

Wie die Beschäftigten einen Streik über 30 Tage organisiert und stetig Druck von unten

für Verbesserungen aufgebaut haben, darüber erzählen uns der Berliner Diplompfleger Moritz Damoune und Kolleg:innen.

Fr., 17 März, 18:00 Uhr

KPÖ-Bildungsverein, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

BUCHTIPP: Triesterstraße 84

In der Grazer Triestersiedlung ist manches ein bisschen anders. Dort, im Arbeiterbezirk Gries, ist der Journalist und Künstler Martin Behr aufgewachsen. In einer Zweizimmerwohnung, in der nach dem Tod des Mannes und dem Auszug der Kinder vor allem seine Mutter wohnte – insgesamt 57 Jahre lang.

Ab 1999 hat Behr bei seinen Besuchen in der elterlichen Wohnung Details dokumentarisch fotografiert. Details, die vom täglichen Leben künden, den Jahreslauf dokumentieren, die Individualität im Alltag einer Seniorin sichtbar machen. Der Mensch, die Bewohnerin, ist in den Bildern abwesend, aber über die dargestellten Objekte und Dinge sehr präsent. Sichtbar sind die Spuren ihres Lebens, die Versatzstücke ihrer heilen Welt. Private Bilder, die doch auch über eine All-gemeingültigkeit verfügen.

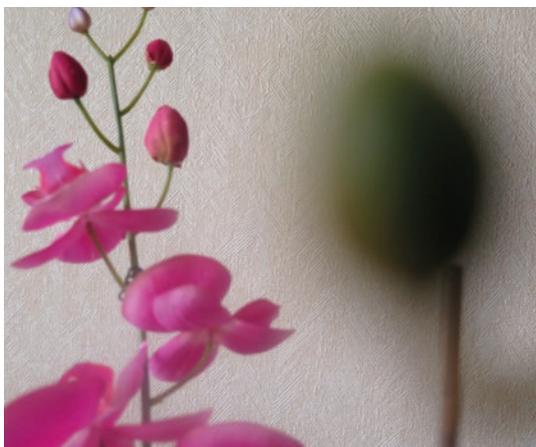
Die für das Buch ausgewählten

Fotos dokumentieren nicht nur das Sichtbare, sondern auch ein langsames Abschiednehmen – von den Räumen und der darin lebenden Person. Es ist eine Hommage an Erna Behr und an den Lebensstil in der Triestersiedlung.

Martin Behr:
Triesterstraße 84/VII

Hardcover, Leinen mit wattiertem Einband. Jedem Exemplar liegt eine handsignierte Originalfotografie bei. 39,90 €. Matthey & Melchior Graz.

www.mattheymelchior.at



»Inhaber des anerkannt schlimmsten Schandmauls«

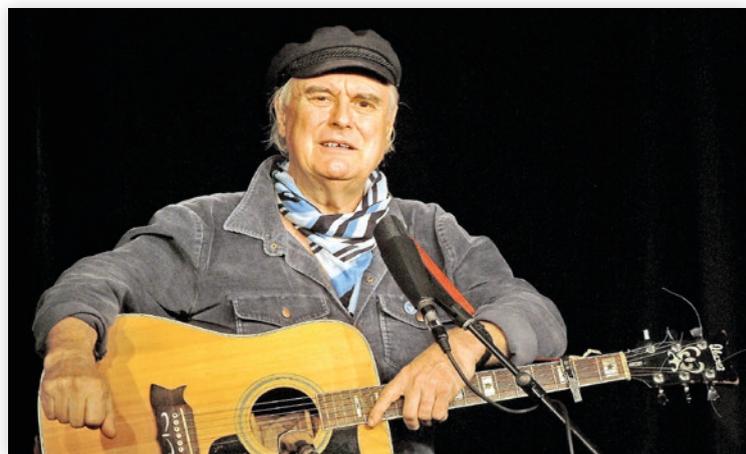
Ein Abend in Erinnerung an Dietrich Kittner

Dietrich Kittner galt als der „gefürchtetste Solo-Kabarettist Deutschlands“, denn er traf mit seinen Bühnenprogrammen und Publikationen „stets ins Mark“, weil er, wie es Zeitgenossen beschrieben, „nichts erfundet, sondern leider alles wahr ist, was er mit Scharfsinn analysiert.“ Was würde ihm in der heutigen Zeit wohl alles einfallen?

Am 1. März liest Roland Knie Texte Dietrich Kittners im KPÖ-Bildungsverein, dazu zeigen wir Video-Einspielungen von seinen Bühnenauftritten. Wir freuen uns auf einen Abend im Zeichen eines großen Künstlers.

Mi., 1. März, 19 Uhr

KPÖ-Bildungsverein, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a



Zum Vormerken:

Di., 11. April, 19 Uhr, Volkshaus Graz:

Heimo Halbrainer präsentiert sein Buch über den Widerstandskämpfer und ehemaligen steirischen Landtagsabgeordneten »Franz Leitner – Kommunist und Gerechter unter den Völkern«

Mi. 19. April, 19 Uhr, Volkshaus Graz:

Diskussionsabend zu »Ökologie, Krise und kapitalistische Produktionsweise«

Marxismus in Belgien

Mit marxistischer Politik zur Massenpartei werden? Die Partei der Arbeit Belgien (PTB-PVDA) hat es vorge-macht! Wie aus einer Kleinstpartei innerhalb von 15 Jahren eine enorm einflussreiche Kraft mit über 24.000 Aktivist:innen wurde, haben



uns Alice und Damien bei ihrem Besuch in Graz erzählt. Die Veranstaltung können Sie auf dem YouTube-Kanal der KPÖ Steiermark anschauen:



www.youtube.com/@KPOSteiermark1918



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, 8010 Graz Tel. 0316 / 68 42 12

www.landestierschutzverein.at



Rocky: Der zweijährige, kastr., freundliche Labradorrüde Rocky ist sehr lebhaft und braucht einen Platz, wo er noch erzogen und ordentlich gefordert wird! Kinder kennt er (diese sollten standfest sein), Katzen mag er nicht.



Frida: Die 8 jährige, große Mischlingshündin Frida ist sehr freundlich, liebt gemütliche Spaziergänge und auch ausgiebige Streicheleinheiten. Wer nimmt sie auf?



Clooney: Clooney ist ein 5 Monate alter Schäfermischlingsrüde, der noch alles lernen muss. Anfangs ist er eher schüchtern, dann sehr anhänglich und verspielt.



Robby: Der 12jährige Staffordrüde Robby stammt aus schlechter Haltung und hofft auf einen liebevollen Platz, wo man viel mit ihm unternimmt.



Phibie: Die kastr. Katzendame Phibie ist noch ängstlich und braucht einen Einzelplatz mit Freigang.



Fenja: Die dreijährige kastr. Katze Fenja sucht einen Wohnungsplatz als Einzelkatze. Sie ist freundlich und verschmust.



Kaninchen Klopfer: Klopfer ist ein ca. halbjähriger, kastr. Rammeler, der Anschluss an Artgenossen sucht, derzeit in Innenhaltung!



Kaninchen Violet: Die große, ca. 2 Jahre alte Kaninchendame Violet hofft, dass sie schon bald (gerne gemeinsam mit Freundin Viola) ein schönes großes neues Heim bewohnen darf!

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Das Grazer Stadtblatt bietet hilfreiche Hinweise!

Senden Sie die Lösung **unter Angabe Ihrer Adresse** an:
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz.
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at
Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.



1. Er ist ein beliebtes Grazer Ausflugsziel. (S. 3)
2. Sie gibt es in Graz seit bereits 10 Jahren und wird nun erweitert. (S. 6)
3. Von ihr waren Privatkindergärten bedroht. (S. 8)
4. Darum dreht sich die neue Ausstellung der Steirischen Alzheimerhilfe. (S. 10)
5. Dies soll allen Menschen in Würde möglich sein. (S. 10)
6. Sie wurde im Dezember an LH Drexler übergeben. (S. 11)

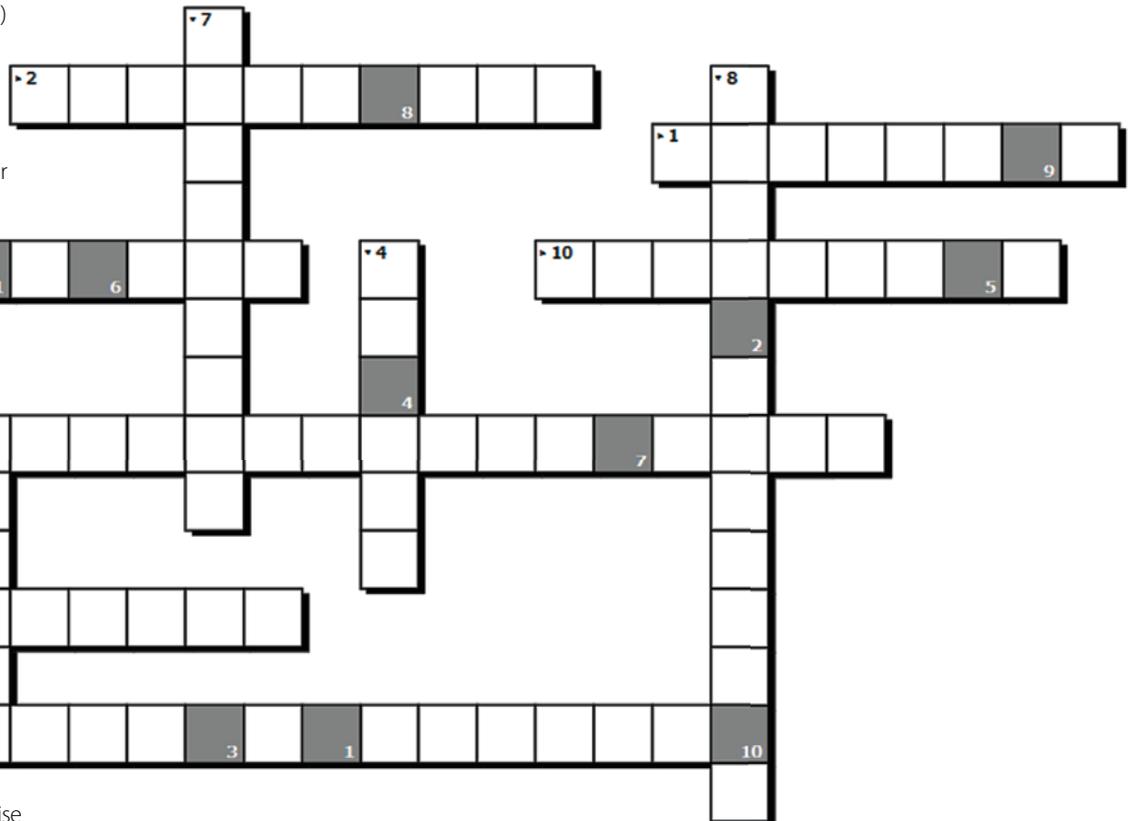
7. Einen Teil davon spenden KPÖ-Mandatar:innen für Menschen in Notlagen. (S. 12)

8. Sie werden im heurigen Herbst in Andritz und Waltendorf eingeführt. (S.14).

9. Sie machen durch die erhöhten Strompreise derzeit fette Übergewinne. (S. 17)

10. Er wird auch heuer wieder am 8. März gefeiert. (S. 18)

11. Sie gelten auch als Glücksbringer (S.22)



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Alte Firmen-Aufschriften, Teil 19



E.H.Cvetko, Holz - Kohle - Koks - Heizöl, Puchstraße 62.

Wenn Sie Ihre Erinnerungen über diesen Betrieb mit uns teilen wollen, senden Sie bitte ein Mail an: mbluesm@hotmail.com

Wer bin ich? Wie will ich leben? Was sind meine Lebensziele?

Von MARK STASKIEWICZ
Wohl fast jeder Mensch beschäftigt sich mit der Frage, wer er ist, wie er leben will und was die Ziele im Leben sind. Genau darum geht es in diesem Buch. Nur dass im Buch keine Antworten vorgegeben sind, sondern Sie sich selbst Ihre Antworten erarbeiten.

Das Buch ist ausschließlich über Selbstverlag www.we-progress.at zu beziehen.
Tel: 0699 / 129 680 20
E-Mail: mail@we-progress.at

BUCHTIPP



**CONTRA KAPITALISMUS
PROTEST-ABO!**
DAS MAGAZIN DER KJÖ: JETZT ABONNIEREN!
>>> [<<<](http://VORNEWEG.AT)

Grazer Stadtblatt

Produziert nach den Richtlinien des österreichischen Umwelteinzeichens.
Druck Styria, **UW-NR 1417**



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungs-ort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt - Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Mit dem Telegram-Newsletter bekommen Sie alle Neuigkeiten der Grazer KPÖ und jeden Freitag alle wichtigen Infos der Woche unkompliziert auf Ihr Smartphone:
t.me/kpoe_graz

KLEINANZEIGEN

Aktive Seniorin sucht in **Graz-Umgebung Wohnung** mit Platz für Gemüsegarten. Tel.: 0664/2509145. Mail: wirbelsaeule.em@gmx.at.

Suche **Privatwohnung** oder **Haus** gegen Barzahlung oder Leibrente zu kaufen. Tel.: 0650/201 33 28

Trachtenweste: Beige gesprenkelte Strickweste mit Zopfmuster, dunkelgrüner Einfassung und 5 Trachtenknöpfen; Motiv: Hähne, Hennen und Küken auf Wiese, farbig; ärmellos. Größe 40 (M), Neuwertig (nur 2 mal getragen)!, Material: 61% Polyacryl, 35%Baumwolle, 4%Wolle
Preis: nur 15€. Kontakt: Erich Auer Tel. 0680/323 4423.
E-Mail: e.auer20@gmail.com

TIERSCHUTZVEREIN ANIMAL KNIGHTS



Wir sind ein Grazer Tierschutzverein, der versucht notleidenden Tieren und auch den dazugehörigen Menschen zu helfen.

WIR BIETEN:

- unterstützende Beratung
- akute medizinische Versorgung der Tiere
- Kastrationsprojekte im In- und Ausland, um eine Verbesserung der momentanen Situation herbeizuführen
- Aufklärungsarbeit (hierbei sind wir immer auf der Suche nach Unterstützung)

NUR GEMEINSAM KÖNNEN WIR ETWAS BEWIRKEN!



RIITTER DER TIERE

Falls du uns finanziell unterstützen willst:
Spendenkonto: AT94 1400 0893 1035 1408
oder werde unterstützendes Mitglied.

Tel. +43 680 24 72 368 • akgraz@gmx.at
Tierschutzverein Animal Knights
www.animalknights.at



Wetterbericht oder Tanz die Thunberg Theateraufführung von Alexander Mitterer und Fritz Sammer

Die Krise in der Energieversorgung ist für alle hautnah spür – und erlebbar! Auch am und im Theater!

Die Bundesregierung macht sich für klimafitte Kulturbetriebe stark. „Wetterbericht“ wird im unbeheizten ARTist's Graz aufgeführt. Darsteller und Zuschauer frieren gemeinsam für den Frieden. Der Strom für die Beleuchtung der Szenerie wird von den Darstellerinnen und Freiwilligen aus dem Publikum live und vor Ort erzeugt. Die Livemusik ist natürlich unplugged. Das Publikum erwartet ein humorvoller Abend mit Livemusik, veganer Pizza und eine bissig kritische Hinterfragung des gültigen Klimanarrativs! Präsentiert wird „Wetterbericht oder Tanz die Thunberg“ von Starmoderatorin **Sonja Karibik**

Produktion: Theater Kaendace

Premiere: 15.02.2023

Vorstellungen: 17., 18., 22., 23. und 24. Februar und 02., 03. und 04. März 2023, Beginn jeweils 20 Uhr

ARTists, Schützgasse 16, 8020 Graz

Karten unter

karten@theaterkaendace.at und telefonisch unter 0699 100 42 281

ZVP Zentralverband der Pensionisten TELEFONISCHE SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80** – Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
– Ausfüllen von Formularen.
– Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz



OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS

Wir müssen raus aus Kriegslogik und Aufrüstung.
Diplomatie für Waffenstillstand und Frieden!

VERANSTALTUNGSTIPP



Friedensforscherin
Claudia Brunner
zu Gast in Graz!

»Stell dir vor, es ist Krieg
– und niemand geht hin«

Mitten in Europa tobt ein schrecklicher Krieg. Von Waffenlieferungen wird viel gesprochen, von Friedensbestrebungen wenig. Wie kann es uns gelingen, aus der alles dominierenden Kriegslogik auszubrechen und zu starken Stimmen für Verhandlungen

Dienstag, 28. Februar, 19 Uhr
KPÖ-Bildungszentrum
im Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)

um Waffenstillstand und Frieden zu werden? Mit Professorin **Claudia Brunner** dürfen wir am 28. Februar eine der renommiertesten Friedensforscherinnen im KPÖ-Bildungsverein begrüßen – und hoffentlich auch Sie im Publikum!